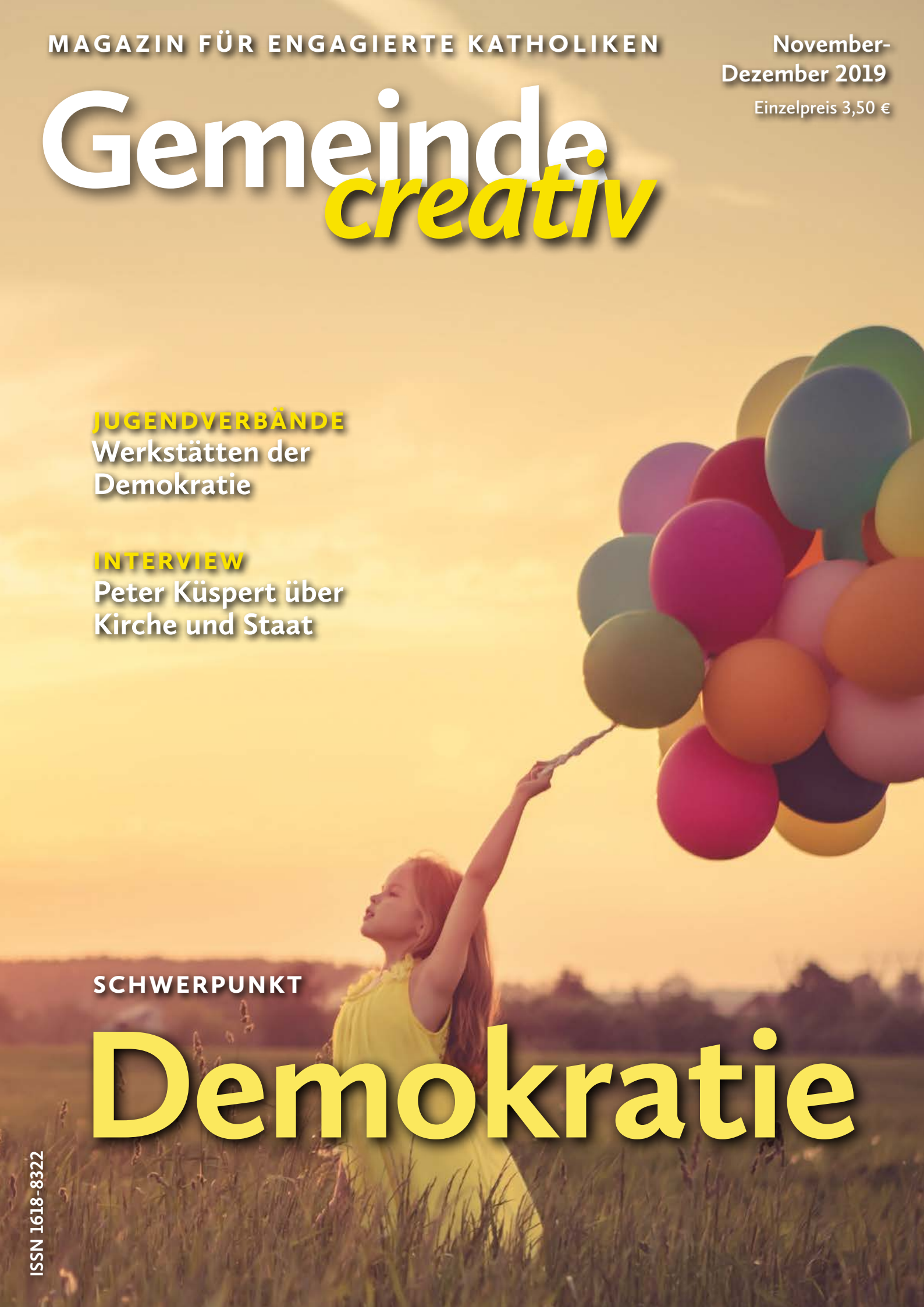
MAGAZIN FÜR ENGAGIERTE KATHOLIKEN

# Gemeinde creativ

November-Dezember 2019
Einzelpreis 3,50 €



**JUGENDVERBÄNDE**
Werkstätten der Demokratie

**INTERVIEW**
Peter Küspert über Kirche und Staat

SCHWERPUNKT

# Demokratie

ISSN 1618-8322

Gemeinde creativ

ISSN 1618-8322
62. Jahrgang
November-Dezember 2019

## Informationen

4 Für und Wider
5 Friede! Mit dir!
6 Brücken bauen
7 Wie wär's mal mit Geschenke-Bingo?

## Meditation

8 **Wir sagen Euch an...**
Von Alois Emslander

**Hinweis in eigener Sache** – Wir haben unseren Internetauftritt neu gestaltet. Klicken Sie rein unter: **www.gemeinde-creativ.de**. Dort können Sie nun auch ein Online-Abo abschließen und das gesamte Heft online lesen.

FOTO: PRIVAT

FOTO: ABOUTLIFE / ADOBE STOCK

## Schwerpunkt: Demokratie

10 **Die verunsicherte Demokratie**
Von Klaus Stüwe

15 **Wo Nächstenliebe wohnt**
Von Bernhard Huber

16 **Zurück zu den Wurzeln**
Von Sabine Bieberstein

18 **Es wird immer größer**
Von Günter Heß

19 **Formen von Demokratie**
Von Ursula Münch

20 **Wer Religion frei gibt, kann Demokratie wagen**
Von Hans-Joachim Sander

22 **Niederlagen gehören zur Demokratie**
Von Daniel Köberle

24 **Eine konstruktive Spannung**
Von Oliver Hidalgo

26 **Ellen Ammann Eine Frau steht auf**
Von Elfriede Schießleder

28 **Verstehen, wie der andere tickt**
Von Rudi Schmidt

## Ökumene

30 **Die Einheit der Christen fördern, die Vielfalt erhalten**
Von Verena Hammes

## Katholisch in Bayern und der Welt

32 **Aus Räten und Verbänden**

33 **Aus dem Landeskomitee**
Von Alexandra Hofstätter

34 **Begeistert sein**
Interview mit Annette Vogt

35 **Auch das noch, Impressum**

36 **Cartoon**
Von Thomas Plaßmann

ILLUSTRATION: CARLOSGARDEL / ADOBE STOCK

12

**„Religion bewegt viele Menschen“**

Die Trennung zwischen Staat und Kirche hat vor gut 100 Jahren die Regierung Eisner mit auf den Weg gebracht. Mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, **Peter Küspert**, macht sich *Gemeinde creativ* auf einen Streifzug durch die Verfassungsgeschichte, spricht über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und was Religionsfreiheit in unserer Gesellschaft bedeutet.

**Beilagen:**

Dieser Ausgabe von **Gemeinde *creativ*** liegen der aktuelle *Vivat*-Prospekt sowie Informationen des Herder Verlages bei.

Der Teilauflage für Bamberg ist *Erzbistum Aktiv* beigeheftet.

**Alle im Heft angegebenen Zusatzinformationen** finden Sie auf unserer Homepage **www.gemeinde-creativ.de** unter ***Aktuelle Ausgabe.***

**„Das sind doch eh alles Wirtschaftsflüchtlinge“**

EDITORIAL

# Wegducken ist keine Lösung

## Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Vorbereitung dieser Ausgabe habe ich mich gefragt, wann und wo ich eigentlich Demokratie *gelernt* habe – und ich muss zugeben, dass mir keine wirklich gute Antwort dazu eingefallen ist. In der Schule hieß „Demokratie“ oft, entweder am lautesten schreien – beispielsweise wenn es darum ging, welches Buch als neue Lektüre ausgewählt werden sollte oder wer sich für das Amt des Klassensprechers zur Verfügung stellen wollte – oder aber es hieß, sich der Meinung der Lautesten und Beliebtesten in der Klasse anzuschließen, damit war man immer auf der sicheren Seite. Es hieß aber auch „wegducken“ und hoffen, dass der eigene Name nicht genannt wurde, wenn es um weniger beliebte Aufgaben wie das Führen des Klassenbuches ging. Schon ein bisschen stolz war ich dann, als zum ersten Mal die Wahlunterlagen nach Hause kamen – mein erstes demokratisches Kreuz, und ich war sowas von überfordert! Es war eine Kommunalwahl, die Wahlzettel riesig, das Prozedere kompliziert und all diese Namen, die mir so gar nichts sagen wollten…

Trotz der anfänglichen Startschwierigkeiten ist aus mir dann doch eine ganz passable Demokratin geworden – weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Demokratie die einzig richtige Form für ein gutes, gelingendes Zusammenwirken und Zusammenleben ist. Wegducken ist längst keine Lösung mehr. Die Beiträge in dieser Ausgabe von **Gemeinde *creativ*** wollen das zeigen – sie rücken aktive Demokraten in den Mittelpunkt, die durch ihren Einsatz und ihre Haltung das Leben in Staat, Gesellschaft und Kirche mitgestalten.

Im Interview geht der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Peter Küspert, auf das manchmal nicht ganz einfache Verhältnis zwischen Staat und Kirche ein. Wir fragen, wie viel Freiheit Religion und Demokratie vertragen und welche Rolle Religion in einem säkularen Staat spielen kann und muss.

Demokratie ist vielseitig, sie ist ein bunter Strauß an Meinungen, die man auch mal aushalten muss – und Demokratie ist Zukunft. Dafür steht das kleine Mädchen mit den Luftballons auf dem Cover dieser Ausgabe. Demokratie bedeutet, tolerant zu sein, sagt Rudi Schmidt im Kommentar. Demokratie bedeutet auch: Argumente und Meinung auszutauschen, andere Sichtweisen gelten zu lassen, um Positionen zu ringen. Und Demokratie bedeutet: Kompromisse finden, zurückstecken, leidensfähig sein, wenn die eigene Meinung überstimmt wird. Das alles lernen junge Menschen in der katholischen Jugendarbeit. Unsere Jugendverbände sind Werkstätten für Demokratie – drei Stimmen dazu lesen Sie auf den Seiten 22/23.

A. Hofstätter

**Ihre Alexandra Hofstätter**
Redaktionsleiterin

Gemeinde *creativ*

INFORMATIONEN

## Wer darf auf's Foto?

Datenschutz ist auch in Kindertageseinrichtungen inzwischen ein großes Thema. Die neue europäische Datenschutzgrundverordnung, kurz DSGVO, hat im vergangenen Jahr viele ratlos gemacht, inzwischen ist etwas Ruhe eingekehrt. Dennoch stehen Erzieher und Eltern immer wieder vor Fragen wie diesen: Darf an der Kindergartengarderobe ein Foto mit Namen des Kindes

angebracht werden? Was muss beim Email-Versand berücksichtigt werden? Dinge, die einmal selbstverständlich waren, zum Beispiel Gruppen- und Einzelfotos der Kinder auszulegen, so dass man sich in Listen für eine Sammelbestellung eintragen kann oder Werke der Kinder mit Namen in der Einrichtung auszustellen, sie verunsichern inzwischen. Ausgabe Nummer 8 der Fachzeitschrift *kindergarten heute* bringt hier Klarheit. Das Heft beantwortet die zehn wichtigsten Fragen rund um das Thema Datenschutz in Kindertageseinrichtungen. (alx)

**✻ Einzelhefte können beim Herder Verlag bestellt werden. Abonnements in Print und Online sind ebenfalls verfügbar.**

# Für und Wider

## Entscheidungsfindung im Pfarrgemeinderat kann mühsam sein – muss es aber nicht!

**Von Herbert Jagdhuber**

Diözesanrat München und Freising

Wer kennt das nicht: nach einer vierstündigen Gremiensitzung kommt man müde nach Hause und hat das Gefühl, dass trotzdem nichts wirklich vorangegangen ist. Gemeinsam an einer Sache zu arbeiten, macht Sinn und Spaß, aber Beratungen brauchen Ergebnisse. Bleiben diese aus, gehen die Teilnehmer frustriert nach Hause. Damit genau das nicht passiert, gibt eine Arbeitshilfe des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München und Freising wertvolle Tipps und Ratschläge:

*Vernetzen, Kommunizieren, Vorausdenken, Position beziehen. Leitfaden für Pfarrgemeinderäte und Pfarrgemeinderätinnen* – so der Titel des fast 120 Seiten starken Nachschlagewerks, das alle grundlegenden Informationen für die erfolgreiche Arbeit im Pfarrgemeinderat bietet. Einzelne Kapitel befassen sich beispielsweise mit verschiedenen Arbeitsformen des Pfarrgemeinderats und geben konkrete Tipps, wie Sitzungen erfolgreich und konstruktiv verlaufen. Menschen fällen täglich etwa 20.000 Entscheidungen. Die klassische „Wer-ist-dafür-wer-dagegen?"-Methode mit Handzeichen kennt jeder Ehrenamtliche. Abstimmungen im Pfarrgemeinderat sind ein wichtiges demokratisches Element und ebenso wichtig ist es, Mehrheiten anzuerkennen. Zum viel benutzen Handzeichen gibt es aber auch Alternativen:

### SYSTEMISCHES KONSENSIEREN

Das ist eine neue Methode um Entscheidungen zu treffen, die sich auch in Konflikten als hilfreich erweisen kann. Es funktioniert ganz einfach: die Unzufriedenheit in der Gruppe wird minimiert, indem den Einwänden Raum gegeben wird, statt um Zustimmung zu buhlen. Methodisch bedeutet das, dass nicht mehr für eine Wunschlösung gestimmt wird, sondern Widerstands-Stimmen für jede einzelne Option vergeben werden. Die Lösung mit den wenigsten Widerstands-Stimmen kann gewählt werden. Dahinter steht die Einsicht, dass Widerstand gegenüber Vorschlägen immer mit unberücksichtigten Anliegen einzelner zusammenhängt. Um den Widerstand auszudrücken, braucht es keine Argumente, es reicht schon, eine Zahl zwischen 0 und 10 zu vergeben. Je weniger Ablehnung eine Entscheidung erzeugt, desto mehr Anliegen berücksichtigt sie und desto höher ist die Zufriedenheit in der Gruppe.

### FÜR- UND WIDER-METHODE

Ordnen Sie Ihre Gedanken, denn damit lassen sich Entscheidungen leichter treffen. Notieren Sie auf einem Blatt Papier oben die Entscheidungsfrage und teilen Sie dann das Blatt in zwei Spalten. Schreiben Sie zuerst alle Für-Argumente in eine Spalte. Dann – und erst dann! – alle Wider-Argumente. Sie können diese Liste vor der Entscheidung noch einem Kooperationspartner oder einer externen Person zeigen, die nicht direkt mit der Entscheidung betroffen ist. „Neutrale" Personen haben oft einen objektiveren Blick und bieten dadurch eine ergänzende hilfreiche Perspektive.

### MEHRPUNKTENTSCHEIDUNG

Es soll zwischen mehreren Vorschlägen entschieden werden. Alle erhalten zur Abstimmung mehrere Punkte, die nun verteilt werden. Dieses Abstimmungsverfahren eignet sich für alle Situationen, in denen schnell und demokratisch eine Entscheidung getroffen werden muss, sei es zwischen verschiedenen Ideen oder zwischen Lösungs- bzw. Themenvorschlägen. Es kann also sowohl zum Abschluss als auch zur Einleitung eines Arbeitsschrittes verwendet werden.

**✻ Die Arbeitshilfe kann auf der Homepage des Diözesanrates München und Freising bestellt oder heruntergeladen werden. Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

# Friede! Mit dir!

## Adveniat Weihnachtsaktion 2019

Viele Menschen in Lateinamerika und der Karibik träumen vom Frieden. Doch Mensch und Natur werden nach wie vor rücksichtslos ausgebeutet. Adveniat unterstützt zahlreiche Initiativen, die der Bevölkerung ein Leben in Frieden untereinander und mit der Umwelt ermöglichen und stellt die diesjährige Weihnachtsaktion unter den Titel *„Friede! Mit dir!“*. Voraussetzung für einen solchen Frieden sind weltweite Solidarität und verantwortliches Handeln im Alltag auch hierzulande.

Wie gewohnt nimmt sich das Lateinamerika-Hilfswerk des Themas anhand von Menschen und ihren Geschichten an. In Frieden leben – das ist für Yasmery aus Peru und Guadalupe aus Bolivien heute Wirklichkeit. Nach einer Ausbildung zur Frisörin und Bäckerin gestalten sie nun die Zukunft ihrer Familien. Bildungsprojekte, die junge Menschen von der Straße und aus der Armut holen, Friedensprojekte, die Konfliktparteien wieder an einen Tisch bringen, Menschenrechtsarbeit zugunsten indigener Völker und Landwirtschaft im Einklang mit Mensch und Natur – Adveniat unterstützt zahlreiche Initiativen in Lateinamerika und der Karibik, die der Bevölkerung ein Leben in Frieden untereinander und mit der Umwelt ermöglichen.

Denn Mensch und Natur werden in Lateinamerika und der Karibik nach wie vor rücksichtslos ausgebeutet. Gründe für den Unfrieden sind die Schere zwischen Arm und Reich, die Diskriminierung und die systematische Benachteiligung von Minderheiten wie indigenen Völkern, von Afroamerikanern, Frauen und jungen Menschen. Zu viele Lateinamerikaner sind struktureller Gewalt ausgesetzt. Sie leiden unter Staatsversagen, Korruption, Gewalt, Hunger, Obdachlosigkeit, fehlendem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung und der rücksichtslosen Ausbeutung der Ressourcen.

Im November und Dezember kommen Adveniat-Aktionspartner wie zum Beispiel Kardinal Pedro Barreto aus Peru, die Politikwissenschaftlerin Socorro Ramirez aus Kolumbien, Bischof Mario Moronta aus Venezuela oder die Psychologin Reyna Cachi Salamanca aus Bolivien nach Deutschland, um von ihrer Friedensarbeit zu berichten.

Die Eröffnung der bundesweiten Adveniat-Weihnachtsaktion findet am ersten Advent, dem 1. Dezember 2019, im Erzbistum Freiburg statt. Die Weihnachtskollekte am 24. und 25. Dezember in allen katholischen Kirchen Deutschlands ist wieder für Adveniat und die Hilfe für die Menschen in Lateinamerika und der Karibik bestimmt. (pm)

### FRIEDEN LEBEN. PARTNER FÜR DIE EINE WELT.

Im Kirchenjahr 2020, das mit dem Advent 2019 beginnt, machen Adveniat, das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“, Misereor, Renovabis und Missio das Thema „Frieden“ zum Inhalt ihrer jeweiligen Kampagnen. Durch die gemeinsame Kampagne der Hilfswerke und Diözesen soll das weltweite Friedensnetz gestärkt und mehr Aufmerksamkeit für die Themen der Einen Welt erreicht werden.

Frieden leben.
Partner für
die Eine Welt.

Gemeinde *creativ*

INFORMATIONEN

## Generationengerechte Pfarrgemeinde

Das christliche Menschenbild kennt nicht den *Wert* eines Menschen, sondern nur seine *Würde* – und die ist allen Menschen gleich, egal welchen Alters, ob mit oder ohne Handicap, ob Frau oder Mann. Inklusion, Barrierefreiheit und Geschlechtergerechtigkeit sind in aller Munde – aber wie generationengerecht sind eigentlich unsere Pfarrgemeinden? Dieser Frage geht das Landeskomitee der Katholiken in Bayern in einer neuen Publikation der Reihe *Pro-Praxis* nach. Das Heft unter dem Titel *Generationen gerecht werden* erläutert Hintergründe zum Thema und zeigt auf, wie Generationengerechtigkeit beispielsweise in den Bereichen „Pfarreiliches Leben“ oder „Nachhaltigkeit“ aussehen kann. Best-Practice-Beispiele veranschaulichen, was sich andernorts schon bewährt hat und regen zum Nachahmen an, liturgische Bausteine und Impulse wollen ermutigen, sich als Gremium in der Pfarrei mit diesem Thema zu befassen. Am Ende eines erfolgreichen Klausurtages kann man dann die „Checkliste“ aus dem Heft zur Hand nehmen und hoffentlich die ersten Haken in Sachen „Generationengerechtigkeit“ setzen. (alx)

✻ **Das neue Heft kann in der Geschäftsstelle des Landeskomitees und unter www.landeskomitee.de bestellt werden.**

## Macht auf die Tür

Nach der erfolgreichen Premiere im vergangenen Jahr gibt es von der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) Bayern auch heuer wieder zwei Adventsmaterialien: so gibt es eine Neuauflage des gefragten Adventskalenders, der gemeinsam mit der Katholischen Landvolkbewegung (KLB) gestaltet wurde. Eine ideale Geschenkidee mit Tiefsinn – in der neuen Version enthält er 24 Impuls-Postkarten, die an einer passenden Schnur mit Mini-Wäscheklammern aufgehängt werden können.

Außerdem wieder im Programm, eine adventliche Bildergeschichte: in dieser geht es heuer um Winterschläfer und eine tolle Idee, wie Dachs, Igel, Haselmaus und Co trotzdem Weihnachten feiern können. Die Geschichte *Macht auf die Tür,* stimmungsvoll von Christine Ziegler erzählt, eignet sich wunderbar für eine vorweihnachtliche Gruppenstunde in der Jugend- und Gemeindearbeit oder im Religionsunterricht. (alx)

✻ **Die Materialien können im Landjugendshop auf der Homepage der KLJB Bayern bestellt werden. Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

## Fehlerteufel

In der vergangenen Ausgabe hat sich im Beitrag „*Was am Ende bleibt*" leider der Fehlerteufel eingeschlichen. Die Seminare „Übergang in die Rente" für kirchliche Mitarbeiter aus Bayern finden an folgenden Terminen statt: am 23. und 24. Januar 2020 im Haus Benediktushöhe Retzbach bei Würzburg, am 6. und 7. Februar im Diözesanhaus St. Otto in Bamberg und am 19. und 20. März im Bildungshaus der Franziskanerinnen im Kloster Armstorf bei München. Mehr unter **www.gemeinde-creativ.de.** (alx)

# Brücken bauen

**Islamberatung in Bayern**

**Die Eugen-Biser-Stiftung tut das mit Dialog und Expertise im Rahmen des Kooperationsprojekts „Islamberatung in Bayern".**

**Von Stefan Zinsmeister**

Eugen-Biser-Stiftung

In Augsburg wird jährlich das Hohe Friedensfest gefeiert, die Nürnberger treffen sich zu einem gemeinsamen Friedensmahl und ehren die Preisträger des Menschenrechtspreises. Diese und viele andere Feste des Friedens, der Kulturen, Nationen oder Religionen sind Orte, sich mit der Nachbarschaft zu treffen, bei einem Getränk oder einem Stück Kuchen Menschen zu begegnen. Derartige Feste haben meist das friedvolle Zusammenleben im Blick und wollen Menschen einen Ort der Begegnungen anbieten. Wenn der Pfarrer der örtlichen Gemeinde mit dem Imam der ansässigen Moschee den Kaffeeverkauf übernimmt oder die muslimische Apothekerin sich mit dem Organisten über die jüngsten Spielergebnisse der Fußballmannschaft austauscht, wird klar, da ist Potenzial für ein dynamisches und friedvolles Zusammenleben. Um dies zu erreichen braucht es interreligiöse und interkulturelle Begegnungen, die dann zu Freundschaften wachsen und das gemeinsame Leben ordnen können. An diesem Punkt setzt die Islamberatung in Bayern an:

- Brücken bauen zwischen Akteuren unterschiedlicher religiöser Prägung.
- Brücken zu verstetigen und zu unterstützen, indem die richtigen Gesprächspartner vorgeschlagen und zusammengebracht werden oder
- gelegentlich als Vermittler zu fungieren.

Denn das friedliche und solidarische Zusammenleben beginnt im Kleinen und vor Ort. Wenn es sich in diesem Mikrokosmos festigen und wachsen kann, hat ihre Botschaft Ausstrahlkraft auf das Große und Ganze.

„Islamberatung in Bayern. Brückenbauer zwischen muslimisch geprägten Lebenswelten und Kommunen" ist ein Kooperationsprojekt der Eugen-Biser-Stiftung mit der Robert Bosch Stiftung und dem Erlanger

Zentrum für Islam und Recht in Europa. Seit Januar 2019 beraten Ayşe Coşkun-Şahin, Andreas Prell und Stefan Zinsmeister von der Eugen-Biser-Stiftung kirchliche Einrichtungen, christliche Organisationen, Wohlfahrtsverbände, Kommunen sowie muslimische Verbände und Organisationen zu islambezogenen Themen. In Einzelfallberatung per Telefon und E-Mail oder vor Ort bringt das Team der Islamberatung in Bayern eine Bandbreite an Perspektiven und Kompetenzen mit.

Die Islamberatung in Bayern kann bei der Suche nach authentischen Personen für konkrete Begegnungen, bei Fragen nach Transparenz oder neuen Kooperationsmöglichkeiten oder allgemeinen Fragen zu islambezogenen Themen und muslimisch geprägten Lebenswelten per Telefon, E-Mail oder Kontaktformular angefragt werden.

Wenn Sie die Sensibilität Ihrer eigenen Arbeit im Umgang mit muslimisch geprägten Lebenswelten testen wollen, können Sie das bereits jetzt tun: Im Internet gibt es eine Checkliste zum Herunterladen und Ausfüllen. Das Team der Islamberatung freut sich über zahlreiche Rückmeldungen.

✻ **Nähere Informationen zur Beratungsstelle und aktuellen Veranstaltungen finden Sie unter www.gemeinde-creativ.de.**

FOTOS: PAT CHRIST

**Heuer zu Weihnachten an die Umwelt denken: mit weniger Konsum, anderen Verpackungen oder „Geschenke-Bingo“.**

**Christbäume, für manche unverzichtbar, sind für andere aus ökologischen Gründen kritisch zu sehen.**

# Wie wär’s mal mit Geschenke-Bingo?

## Auch Advent und Weihnachten lassen sich auf nachhaltige Weise gestalten

**Von Pat Christ**

Freie Journalistin

Was soll man den Eltern, was Oma, Opa und Tante bloß diesmal zu Weihnachten schenken? „Vielleicht mal nichts oder nur eine Kleinigkeit!“, meint Simone Grill, vom Vorstand der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) in Bayern. Die Geschenke- und Geschenkpapierflut sei schließlich alles andere als nachhaltig. In ihrer eigenen Familie gab es im vergangenen Jahr nur Kleinigkeiten. Dafür wurde am Weihnachtsabend intensiv geredet und gespielt: „Von diesen schönen Momenten habe ich noch lange gezehrt.“ Die KLJB handelt nach der Devise: „Regional, saisonal und fair.“ Dieses Motto, so Grill, gilt nicht zuletzt für die Adventszeit. Weihnachten kann nach ihrer Überzeugung auch auf eine nachhaltige Weise schön gestaltet werden: „Das widerspricht sich nicht.“ Im Gegenteil. Weihnachten sollte ja nicht „schnell, schnell“ abgehandelt werden, stellt es doch jene Zeit im Jahr dar, in der man zur Besinnung kommt. „Der Advent ist von daher eine gute Möglichkeit, das eigene Konsumverhalten zu überdenken und Neues auszuprobieren“, so die ehrenamtlich tätige KLJB-Expertin für Klimapolitik.

### NACHHALTIGKEIT IST EIN WEITES FELD

Viele Menschen wissen nicht, wo sie ansetzen sollen – geschweige denn in der konsumseligen Weihnachtszeit. Bei der KLJB gibt es hierzu viele Tipps. „Geschenke kann man zum Beispiel in Zeitungspapier oder Geschirrtücher verpacken, dann wird die Papiertonne nach dem Weihnachtsfest nicht übermäßig voll“, sagt Grill. Vielleicht wäre es auch einen Versuch wert, sich möglichst plastikfrei auf Weihnachten vorzubereiten. Weitere Tipps für eine bewusste Weihnachtszeit birgt der KLJB-Adventskalender, der heuer unter dem Titel „Warteschleife – 24 Impulse für den Advent“ erscheint.

Ob auch diesmal wieder Weihnachtsbäume auf dem Campus aufgestellt werden, darüber wird an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) gerade lebhaft diskutiert. „Da stoßen Nachhaltigkeitsaspekte auf Tradition“, schmunzelt Ina Limma, die sich für Nachhaltigkeit an der Katholischen Universität einsetzt. Für sie selbst ist ein Weihnachtsbaum, den man im Januar wieder entsorgt, nicht zwingend notwendig: „Es reicht doch auch ein Zweig oder eine geschmückte Zimmerpflanze.“ Deko sollte aus Naturmaterialien oder „upgecycelt“ sein: „Schleifen zum Beispiel lassen sich aus roten Servietten herstellen.“

Wie wär‘s mal mit „Geschenke-Bingo“? Das geht so: „Jeder Gast bringt ein Geschenk im Wert einer festgelegten Höhe mit. Dann ziehen alle Anwesenden eine Nummer. Die Nummer 1 beginnt und darf sich eines der Pakete aussuchen. Nummer 2 darf Nummer 1 das Geschenk ‚klauen’ oder ein weiteres Paket öffnen. Sollte Nummer 1 ‚beklaut’ werden, darf sie erneut ein Paket aussuchen oder später selbst eines ‚klauen’.“ Jeder Gast müsse auf jeden Fall nur ein Geschenk kaufen. Was den Geldbeutel und die Umwelt schont!

## Herzensbildung

Der inzwischen zehnte Band des Jahrbuchs „Ganzheitlich – sinnorientiert erziehen und bilden“ ist im Franz Kett-Verlag erschienen. *Herzensbildung* lautet der Titel der Jubiläumsausgabe.
Das Titelthema ist ein zentrales Anliegen der Kett-Pädagogik, heißt es vom Verlag. Sie umfasse emotionale und soziale Kompe-

tenzen, gehe aber weit darüber hinaus und betreffe den ganzen Menschen. Im Jahrbuch 2019 werden verschiedene Aspekte des Themas entfaltet. Es bietet Anregungen, mit Kindern und Erwachsenen bewusst und ganzheitlich durch das Jahr zu gehen. Der Leser findet Impulse, die Grunderfahrungen des menschlichen Lebens aus verschiedenen Blickwinkeln aufgreifen, zum Beispiel über Geschichten und Märchen. Das Jahrbuch bietet auch in diesem Jahr Vorschläge für passende Bibelstellen, Material- und Aktionsideen, Lieder und vieles mehr. Dabei ermutigt es, mit offenen Augen und offenem Herzen durch das Jahr zu gehen. Besondere Schwerpunkte bilden heuer der Herbst, gefolgt von Advent und Ostern. Das diesjährige Jahrbuch ist gewohnt breit angelegt, so dass es nicht nur in Kindertageseinrichtungen, sondern auch in Schulen, in der Jugendpastoral und in der intergenerationellen Arbeit gut eingesetzt werden kann. (alx)

✻ ***Herzensbildung*, 208 Seiten, broschiert. Franz Kett – Verlag GSEB, 17,80 Euro.**

# Wir sagen Euch an...

**Von Alois Emslander**

Landjugendpfarrer der Erzdiözese
München und Freising

„Wir sagen euch an, den lieben Advent...
Wir sagen euch an, eine heilige Zeit."
So heißt es in einem bekannten Kirchenlied.

Die Melodie dieses „Schlagers" klingt in mir.
Erinnerungen an früher werden wach.
Ich rieche den Duft des Adventskranzes.

Heilige Zeit soll er sein – der Advent.
Doch oft ist er mehr eilige Zeit.
Zwiespalt zwischen früher und heute.

„Machet dem Herrn die Wege bereit."
Das kann heißen: Still werden.
Zu sich kommen.

„Machet dem Herrn die Wege bereit."
Zeit haben für mich und andere.
Heilige Zeit – Advent – er-leben!

FOTO: SMILEUS / ADOBE STOCK

# Die verunsicherte Demokratie

**Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Demokratien erleben wir gegenwärtig eine tiefe Verunsicherung. Das Vertrauen vieler Bürger in die demokratischen Entscheidungsprozesse hat beinahe flächendeckend abgenommen. In Deutschland ist nur noch eine Minderheit von 46,6 Prozent mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. Mehr als zwei Drittel sind in Bezug auf die Zukunft pessimistisch.**

**Von Klaus Stüwe**

Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Vizepräsident der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Gleichzeitig erhalten politische Bewegungen Zulauf, die das politische System und seine Repräsentanten zum Teil fundamental kritisieren. Seit Ende 2018 gehen weltweit Millionen von Jugendlichen auf die Straßen, um gegen die Klimapolitik der etablierten politischen Akteure zu demonstrieren. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums feiern populistische Parteien Wahlerfolge. Die etablierten politischen Parteien haben hingegen in vielen Ländern drastisch an Zustimmung verloren.

Die Folgen sind gravierend. Parteiensysteme, die über viele Jahrzehnte stabil erschienen, verändern sich derzeit in rasantem Tempo. In Deutschland konnte man dies bei der Bundestagswahl 2017 und den letzten Landtagswahlen an den erheblichen Verlusten der ehemaligen Volksparteien SPD und CDU/CSU und am Aufstieg der AfD beobachten. Die Veränderungen der Parteienlandschaft sind mit beträchtlichen Auswirkungen verbunden: Je mehr Parteien in den Parlamenten agieren und je polarisierter die Parteienlandschaft ist, desto schwieriger wird es, Regierungen zu bilden und politische Entscheidungen zu treffen. Das Brexit-Chaos im britischen Unterhaus, das Scheitern der vormaligen Regierung in Italien und die vergebliche Suche nach einer Regierungsmehrheit in Spanien sind aktuelle Beispiele dafür. Auch in Deutschland dauerte es nach der Bundestagswahl 2017 ganze 177 Tage, bis eine neue Regierung vereidigt werden konnte.

## RATLOSIGKEIT AUF ZWEI SEITEN

Diese Entwicklungen haben wiederum ihrerseits zu einer erheblichen Verunsicherung bei den gewählten politischen Akteuren geführt. Bei der Frage etwa, wie man sich mit populistischen Kritikern der freiheitlichen Demokratie argumentativ auseinandersetzen soll, herrscht große Unsicherheit. Während die einen für eine konsequente politische Ausgrenzung plädieren, suchen andere die argumentative Auseinandersetzung. Wieder andere übernehmen zumindest punktuell politische Positionen populistischer Parteien, in der Hoffnung, damit verlorengegangene Wählerstimmen zurückgewinnen zu können.

Auch angesichts der Schulstreiks und der Massenproteste von „Fridays for Future“ erscheint die etablierte Politik oft ziemlich ratlos: Soll man die hohe Motivation und das politische Engagement der Klimaaktivisten loben, mit ihnen ins Gespräch kommen oder lieber doch an die Schulpflicht erinnern und darauf verweisen, dass die Klimapolitik bei den herkömmlichen demokratischen Repräsentationsorganen in guten Händen sei? Der Vertrauensverlust, den wir derzeit in vielen demokratischen Systemen beobachten, hat somit im Grunde zwei Seiten: Einerseits trauen viele Bürger „den Politikern da oben“ nicht mehr zu, zentrale Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, andererseits ist auch bei vielen politischen Mandatsträgern ein gewisses Misstrauen gegenüber der Urteilsfähigkeit der Wähler zu spüren. In den sozialen Netzwerken dagegen tummelt man sich mit Gleichgesinnten, bestätigt sich gegenseitig in seiner politischen Haltung und beschimpft die anderen. Ein Austausch von Argumenten, der so wichtig für den demokratischen Prozess ist, findet in solchen Echokammern nicht mehr statt.

## SORGE UND HOFFNUNG DER MENSCHEN

Die Ursachen für diese politische Verunsicherung sind vielfältig. Ausgelöst wurde sie zweifellos durch aktuelle äußere Entwicklungen der letzten Jahre. So erzeugten beispielsweise Globalisierungsprozesse – sichtbar durch Migration und internationalen ökonomischem Wettbewerb – bei vielen Menschen Hoffnungen, bei anderen hingegen Sorgen. Die rasant voranschreitende Digitalisierung verursacht ebenfalls einen umfassenden Veränderungsdruck, der einerseits vielen Menschen neue berufliche und private Aussichten eröffnet, andererseits aber vielen Menschen Angst macht. Unmittelbar erfahrbar ist für alle nicht zuletzt auch der Klimawandel. Während die einen – allen voran die junge Generation – in der Klimapolitik und im Erreichen von Klimazielen das Gebot der Stunde sehen, bleiben andere abwartend. Alle drei Phänomene – Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel – tragen heute zu einer neuen Konfliktlinie in der Gesellschaft bei, die im Kern zwischen den Skeptikern

und den Befürwortern einer sozialen, kulturellen und ökologischen Modernisierung verläuft.

## KOMPLEX UND ÖFFENTLICH

Neben dieser aktuellen Konfliktlinie geht die politische Verunsicherung aber auch auf Faktoren zurück, die mit längerfristigen Wandlungsprozessen in der Gesellschaft zu erklären sind. Beispielsweise hat die politische Informiertheit im Zeitalter des Fernsehens, des Internets und sozialer Medien deutlich zugenommen. Probleme und Herausforderungen werden heute viel schneller und unmittelbarer wahrgenommen als früher. Oft sind die Herausforderungen jedoch so komplex, dass sie kaum verstanden werden können: Wie funktioniert nochmal der Europäische Stabilitätsmechanismus, mit dem Staatsbankrotte überschuldeter Euro-Mitgliedsländer verhindert werden sollen? Und warum gehen in Großbritannien die Brexit-Befürworter gegen den „Backstop" auf die Barrikaden? Selbst Politikexperten tun sich heute mit der Beantwortung solcher Fragen schwer.

Auch der politische Prozess selbst hat sich unter den Bedingungen des Informationszeitalters erheblich verändert. Praktisch läuft heute alles, was politisch geschieht, in aller Öffentlichkeit ab. Dies hat nicht nur positive Effekte: Zwar erleichtert es die demokratische Kontrolle und Versäumnisse der politischen Akteure werden auf diese Weise schneller aufgedeckt, aber die permanente Öffentlichkeit kann auch dazu führen, dass Politiker auf schnellen Beifall aus sind und die Darstellung von Politik wichtiger wird als deren Substanz.

Zu Unzufriedenheit und Verunsicherung tragen ohne Zweifel auch die traditionellen Strukturen repräsentativer Demokratien bei. Das gewollt komplexe System des Zusammenwirkens der verschiedenen politischen Organe in demokratischen Systemen wird zunehmend als langsam und träge empfunden. Dieser Eindruck wird angesichts wachsender parteipolitischer Fragmentierung und Polarisierung noch verstärkt und ist keineswegs unbegründet.

## SOZIALE KLUFT

Gerade soziale Ungleichheit ist allerdings ein weiterer Faktor, der mit Unzufriedenheit und mangelndem Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie korreliert. Finanziell schlechter Gestellte und niedrig Gebildete haben deutlich weniger Vertrauen in Demokratie und Politik als Einkommensstarke und Hochgebildete. Einkommensschwache Bürger sind zu über 80 Prozent der Meinung, dass sich die Politiker nicht um die Sorgen von Menschen wie ihnen kümmern. Unter den Einkommensschwächeren und formal weniger Gebildeten beklagen auch mehr als 70 Prozent die hohe Komplexität des Politischen. So überrascht es nicht, dass das soziale Gefälle im Hinblick auf die Wahlbeteiligung deutlich erkennbar ist. Bei der Bundestagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung im so genannten Milieu der Prekären, einem Milieu der sozialen Unterschicht, um etwa 20 Prozentpunkte niedriger als die Gesamtwahlbeteiligung. Hier verlieren die etablierten Parteien zudem in dramatischer Weise an Zustimmung, während die populistische AfD genau dort ihre besten Ergebnisse erzielt.

Wie kann man der Verunsicherung begegnen, Vertrauen wiederherstellen und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie wieder stärken? Klar ist, dass sich die längerfristig ablaufenden, gesellschaftlichen Veränderungen, die sich heute auf die demokratischen Prozesse auswirken, nicht rückgängig machen lassen. Aber die Risiken, die sich aus aktuellen Entwicklungen wie der Globalisierung und dem Klimawandel ergeben, müssen von der Politik stärker in den Blick genommen werden. Dass sich Teile der Bevölkerung von den demokratischen Akteuren und Institutionen nicht mehr repräsentiert fühlen, darf nicht einfach hingenommen werden. Sozioökonomische Ungleichheit und große Bildungsunterschiede stellen für jede Demokratie ein Problem dar, das zwar nicht völlig beseitigt werden kann, aber doch gemildert werden muss. Die Verbesserung demokratischer Strukturen und Prozesse bleibt eine ständige Aufgabe für alle. Denn trotz aller Verunsicherung: Zur Demokratie gibt es keine Alternative.

FOTO: KEBOX / ADOBE STOCK

# „Religion bewegt viele Menschen“

**Gott mit Dir, Du Land der Bayern – so beginnt die Bayernhymne und in Artikel 142 der Bayerischen Verfassung heißt es schlicht: „Es besteht keine Staatskirche“. Die Trennung zwischen Staat und Kirche hat vor gut 100 Jahren die Regierung Eisner mit auf den Weg gebracht. Mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Peter Küspert, macht sich *Gemeinde creativ* auf einen Streifzug durch die Verfassungsgeschichte, spricht über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und was Religionsfreiheit in unserer Gesellschaft bedeutet:**

**Gemeinde creativ:** ***Zwischen Staat und Kirche gilt heute bundesweit das Modell der Kooperation, was verbirgt sich hinter diesem Begriff?***

**Peter Küspert:** Die Ablehnung einer Staatskirche, die auch in der Weimarer Reichsverfassung enthalten war und vom Grundgesetz übernommen wurde, untersagt jede Form institutioneller Verklammerung von Kirche und Staat. In der Zusammenschau mit der Verbürgung der Religionsfreiheit für den Einzelnen führt dies zwangsläufig zum Gebot der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates. Es liegt auf der Hand, dass ein solches – auch dem friedlichen Zusammenleben der Bürger dienendes – Freiheitsversprechen nur eingehalten werden kann, wenn der Staat selbst darauf verzichtet, sich mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung zu identifizieren. Anders gesagt: Der Staat darf anders als die Glaubensgemeinschaften selbst die Frage nach der religiösen Wahrheit nicht beantworten.

Dennoch fordert unsere Verfassung kein streng laizistisches System wie etwa in Frankreich; weltanschaulich-religiöse Neutralität ist nicht als distanzierende, sondern als eine offene und übergreifende, die Glaubensfreiheit fördernde Haltung zu verstehen. Im Verständnis des Bundesverfassungsgerichts ist das Verhältnis zwischen Kirchen und Staat durch wechselseitige Zugewandtheit und offene Kooperation gekennzeichnet, das heißt weniger im Sinn einer strikten Trennung, sondern eher im Sinn einer Zusammenarbeit von Staat und Kirchen auf der Basis grundrechtlicher Freiheit. Nach einem Wort von Horst Dreier versteht sich der säkulare Staat nicht als Widerpart des Glaubens, sondern bietet ihm eine Plattform. Soweit Religionsgemeinschaften in der Bayerischen Verfassung besondere Wirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden, ist dies Ausdruck der historisch tief verwurzelten religiösen Bindung und bringt zugleich die aus der Tradition der christlich-abendländischen Kultur hervorgegangene Werteprägung der Verfassung zur Geltung.

***Der besondere rechtliche Status der Religionsgemeinschaften ist immer wieder Anlass für Kritik – worauf begründet er sich?***

Historisch gesehen war der schon in der Paulskirchenverfassung angelegte Sonderstatus der Religionsgesellschaften die politische Konsequenz der Absage an die bis dahin durch Territorialherren ausgeübte staatliche Kirchenhoheit. Als Legitimation wichtiger ist ein Gedanke, den neben anderen Professor Hans Nawiasky geäußert hat, der als einer der wichtigsten Väter der Bayerischen Verfassung von 1946 gilt. Er hat ausgeführt: „In betontem Gegensatz zur Missach-

FOTO: PRIVAT

## Peter Küspert

**(Jahrgang 1955) ist ein deutscher Richter. Seit März 2015 ist er Präsident des Oberlandesgerichts München und des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, davor war er von 2011 bis 2015 Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg. 2017 erhielt er die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber.**

FOTO: LIVEOSTOCKIMAGES / ADOBE STOCK

tung, ja sogar Verfolgung, welcher die Religion, ihre Bekenner und ihre Diener unter dem Nationalsozialismus ausgesetzt waren, werden nunmehr die in der Religion und in den Religionsgemeinschaften vorhandenen sittlichen und moralischen Kräfte als wertvolle Bestandteile für den geistigen und sittlichen Wiederaufbau des Staates gewertet und anerkannt, unter den Schutz der Verfassung gestellt und dadurch mit den stärksten Rechtsgarantien ausgestattet."

***Braucht es diesen Sonderstatus noch in einer immer säkularer werdenden Welt und kann er in einer solchen auch weiterhin Bestand haben?***

Wenn wir am Konzept unserer wertegeprägten Verfassung festhalten, zu dem es meines Erachtens nach keine Alternative gibt, dann liegt es jedenfalls nicht fern, Religionsgemeinschaften, die diesen Wertekanon im Kern vertreten, gesellschaftliche Wirkungs- und Teilhabemöglichkeiten zu sichern. Das ist aber eine Frage, die der (Verfassungs-)Gesetzgeber beantworten muss. Jedenfalls sehen sowohl das Grundgesetz als auch die Bayerische Verfassung einen besonderen Schutz der Religionsgemeinschaften vor; allein eine zunehmende Säkularisierung ändert daran nichts.

***Man sagt oft: der Staat lebt vom Engagement seiner Bürger. Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht engagierte Gläubige für ein funktionierendes Gemeinwohl und was ginge dem Staat verloren, gäbe es diese engagierten Männer und Frauen nicht mehr?***

Engagierte Bürgerinnen und Bürger sind für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar. In den letzten Jahren geraten in Europa und auf der Welt demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze, die wir lange für selbstverständlich gehalten haben, leider zunehmend in Gefahr. Auch in Deutschland können wir das in Ansätzen beobachten. Dem müssen sich nicht nur die staatlichen Institutionen – beispielsweise die unabhängigen Gerichte – entgegenstellen, sondern vor allem auch die Menschen selbst. Nach meiner Erfahrung aus dem persönlichen Bereich begründet für Viele der christliche Glaube ein Wertefundament, auf dessen Grundlage sie dann auch demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze verteidigen, wie die Menschenwürde, persönliche Freiheiten oder den Schutz von Minderheiten.

***Es gibt immer wieder Stimmen, wonach Religion demokratiefeindlich und gar demokratiegefährdend sei, und es wird versucht, sie aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Braucht Religion Ihrer Ansicht nach auch weiterhin einen Platz in der Öffentlichkeit?***

Religion an sich ist in meinen Augen weder demokratiefeindlich noch demokratiefreundlich. Es kommt immer auf die Religion an und wie sie im konkreten Fall verstanden und gelebt wird. Doch da Religion noch immer viele Menschen bewegt und häufig auch Antworten auf ethische und gesellschaftliche Fragen bereithält, wird ihre Bedeutung als gesellschaftliche Orientierungsinstanz in einer immer vielschichtiger und unübersichtlicher werdenden Welt zwangsläufig wachsen. Klar ist aber auch, dass Kirchen, Religionsgemeinschaften oder weltanschauliche Vereinigungen elementare Grundlagen des freiheitlichen Verfassungsstaates nicht angreifen dürfen und dafür schon gar keinen staatlichen Schutz beanspruchen dürfen, selbst wenn die jeweilige Glaubenslehre dies gebieten sollte.

***Religionsfreiheit ist ein Begriff mit vielen Facetten. Wie würden Sie die Grenzen von positiver und negativer Religionsfreiheit definieren?***

In Artikel 107 der Bayerischen Verfassung heißt es insbesondere: „Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet." und „Die ungestörte Religionsausübung steht unter staatlichem Schutz." Die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützt nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs nicht nur die innere Freiheit, zu glauben oder nicht zu glauben, sondern auch die äußere Freiheit, den Glauben zu bekunden und zu verbreiten. Davon sind nicht nur die eigentlichen kultischen Handlungen umfasst (also zum Beispiel das Gebet oder der Besuch eines Gottesdienstes); geschützt ist vielmehr das Recht des Einzelnen, sein gesamtes Verhalten an den Lehren seines Glaubens auszurichten und sein Leben in Übereinstimmung mit diesen Lehren zu führen. Umgekehrt ist aber niemand gezwungen, überhaupt oder auf eine bestimmte Weise zu glauben oder entsprechende Handlungen vorzunehmen. Wichtig ist, dass bei der Ausübung der (positiven und negativen) Glaubens- und Religionsfreiheit auch widerstreitende Grundrechte Dritter und andere mit Verfassungsrang ausgestattete Rechtswerte zu berücksichtigen sind. Man kann also nicht jede Handlung dadurch rechtfertigen, dass man sich auf seine positive oder negative Religionsfreiheit beruft. In Konfliktfällen, wie sie beispielsweise in Schulen auftreten können, müssen widerstreitende (Grund-)Rechtspositionen zu einem schonenden Ausgleich gebracht werden.

***Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen in der Beziehung zwischen Staat und Kirche?***

Ich sehe derzeit jedenfalls in Bezug auf die beiden großen Kirchen und die israelitischen Kultusgemeinden keine fundamentalen Konflikte zwi-

schen Staat und Kirche, gewiss auch als Folge des durch Staatsverträge geregelten Kooperationsverhältnisses. Mir scheint, dass im Wesentlichen respektvoll miteinander umgegangen wird, auch wenn es bisweilen unterschiedliche Ansichten gibt. Was die Justiz beschäftigt, sind nach meiner Einschätzung eher spezielle Fragen, die zwar wichtig sind, aber keine grundlegende Neuausrichtung des Verhältnisses erfordern, wie das Kirchenasyl oder arbeitsrechtliche Fragen bei kirchlichen Arbeitgebern. Eine wichtiger werdende Zukunftsfrage ist es, ob und wie es gelingt, die sehr viel heterogener strukturierten islamischen Glaubensgemeinschaften in das Kooperationsmodell einzubeziehen.

***Werteneutralität kann es in einer staatlichen Gemeinschaft nicht geben. Wie kann trotzdem die weltanschauliche Neutralität gewahrt werden?***

Weder das Grundgesetz noch die Bayerische Verfassung sind wertneutral und wollen es auch nicht sein. Werte, wie die Achtung der Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie, um nur einige zu nennen, sind fundamental für unsere staatliche Gemeinschaft. Um sich hinter solchen Werten zu versammeln, muss man weder Christ sein noch überhaupt einer Religion anhängen. Umgekehrt müssen Religionen nicht zwingend allen Werten des freiheitlichen Verfassungsstaates verpflichtet sein. Einen Widerspruch zwischen der Werteorientierung des Staates und seiner religiös-weltanschaulichen Neutralität sehe ich daher nicht.

***Dürfen Religionsgemeinschaften der Politik ins Gewissen reden? Wie weit darf oder soll sich Kirche in staatliche Belange einmischen?***

Die großen Religionsgemeinschaften haben in meinen Augen eine doppelte Legitimität, sich einzumischen. Zum einen repräsentieren sie noch immer eine große Zahl von Mitgliedern, die zugleich Staatsbürger sind. Um es etwas flapsig zu sagen: Wenn der ADAC sich in die Politik einbringt, warum sollten es die Kirchen nicht tun? Zum anderen beschäftigen sich die Religionen in der Regel intensiv nicht nur mit spirituellen, sondern gerade auch mit ethischen Fragen. Dass solche ethischen Aspekte in die Politik eingebracht und dort Teil der Diskussion werden, scheint mir eine Bereicherung für den Staat zu sein. Wenn es beispielsweise um den staatlichen Umgang mit Flüchtlingen, um Gentechnologie, Organspenden oder den Klimaschutz geht, kann es doch nur hilfreich sein, die Position der Religionsgemeinschaften zu kennen und in die Überlegungen einzubeziehen.

***Und in welchen Fällen darf oder muss sich der Staat auch in kirchliche Belange einmischen?***

Ich meine, dass Anregungen und Kritik in beide Richtungen möglich sein sollten. Der Staat muss im Rahmen seines Gewaltmonopols sicherstellen, dass die Schranken der allgemein gültigen Gesetze von allen Bürgerinnen und Bürgern sowie von allen Organisationen gleichermaßen beachtet werden. Wenn es um staatliche Eingriffe geht, müssen natürlich die engen Grenzen beachtet werden, die durch die Verfassung gesetzt sind.

***Was schätzen Sie persönlich an der katholischen Kirche?***

Ich halte sie neben ihrer spirituellen Rolle auch als Impulsgeberin der Gesellschaft in ethischen Fragen für sehr wichtig. Und ich habe großen Respekt davor, wie in den caritativen Organisationen und in den Pfarrgemeinden christliche Nächstenliebe gelebt wird.

FOTO: DUDLAJZOV / ADOBE STOCK

**Der Justizpalast in der Münchner Innenstadt ist auch Sitz des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs.**

# Wo Nächstenliebe wohnt

## Demokratie braucht Zeit

FOTO: SV_PHOTO / ADOBE STOCK

**Gesellschaftliche Veränderungen gehen nicht von heute auf morgen. Demokratie braucht Zeit und die Mitwirkung der Menschen.**

**Weil die Weltzeituhr wieder einmal auf zwölf zugeht, machen supranationale Rettungsbewegungen Dampf. Sofort müsse etwas passieren, damit nichts passiert. Das ist eine Herausforderung auch für die Demokratie: Eignet sie sich überhaupt noch als menschengemachter Weg in eine menschengerechte Zukunft? Ihr Problem: Sie braucht Zeit für – siehe unten.**

**Von Bernhard Huber**

Geschäftsführer Familienbund der Katholiken und der Katholischen Elternschaft, Landesverbände Bayern

Mit der Wahlbenachrichtigung fängt es an. Alle Nase lang flattert uns eine ins Haus, damit wir „Souverän" spielen und irgendein „Hohes Haus" zusammenwählen. Von wegen „Souverän"! Als wäre Demokratie die Fortsetzung der Monarchie mit anderen Mitteln. Natürlich: Alle Staatsgewalt geht vom Volk, also von uns allen aus, aber wir sind eher ein bunter Haufen als ein souverän agierender Regent. Dass es dieser Haufen auch zu bunt treiben kann, sieht man an den hasserfüllten und feigen Attacken aus dem anonymen Hinterhalt des Internets. Schwer zu ertragen ist die Demokratie manchmal also auch.

Da formiert sich der demokratische Heißsporn schnell zum Wutbürger, der Akzeptanz statt Toleranz fordert, dem Rechthaben wichtiger ist als Diskutieren, der Kompromisse als Niederlage wertet. Geduld ist nicht seins, und der Geduldbürger muss erst noch erfunden werden. Mit Geduld kennt sich das Christentum aus. Gott „lässt seine Sonne aufgehen über Bösen und Guten, lässt regnen über Gerechte und Ungerechte" (Mt 5,45). Das ist Gnade nach dem Gießkannenprinzip, ist Geduld pur. Und doch: Diese Geduld ist nicht gleichgültig, sie ist zielstrebig.

### MITMACHEN SCHAFFT DEMOKRATIE

Wie aber die Gnade nach Paulus erst durch den Glauben wirksam wird, so wird auch die Demokratie erst durchs Mittun zur Staatsform. Freiheitsrechte wie Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit oder die elterliche Erziehungsfreiheit entstehen erst, wenn wir von ihnen Gebrauch machen, und nicht, wenn wir von ihnen im Grundgesetz lesen. Für den Staat heißt das, er muss das Volk, den Staatsgewalturheber, so nehmen, wie es ist. Es genießt größtmögliche staatliche Toleranz, weil der Mensch das Maß der Demokratie ist. Das bedeutet, dass die Meinungsfreiheit selbst für den gilt, der die Demokratie bekämpft. Meinungsfreiheit ist radikal, ist Meinungsvielfalt.

Deshalb muss sich die Demokratie immer wieder neu sortieren. Wie die Kirche ist sie im Modus ständiger Veränderung, ist sie eine „semper reformanda". Und sie ist auf den Willen zur Friedfertigkeit, also zur Toleranz aller gegen alle angewiesen. Denn die Toleranz ist es, die eine lebendige und per se immer mit sich selbst ringende Demokratie wie der Kiel ein Schiff zu stabilisieren vermag. Gerade jetzt ist Toleranz das Gebot der Stunde, um den um sich greifenden Hass ins Leere laufen zu lassen und die grassierende Ungeduld zu zähmen.

Toleranz aber braucht Zeit für den Austausch, die Debatte, den Disput, das respektvolle Miteinander, für die Nächstenliebe. So wie man sich das schon in der Familie wünscht. Robert Walser bringt es auf den Punkt: „Dort, wo Nächstenliebe wohnt, ist die Menschheit eine Familie." Und die Geschichte lehrt: Die Familie ist stabiler als Staaten.

# Zurück zu den Wurzeln

**Als im Jahr 1968 die ersten Pfarrgemeinderäte in Bayern und Deutschland gewählt wurden, war dies nicht der Anfang des katholischen Laienapostolats. Aber es war der Anfang von Demokratie in der katholischen Kirche. Seither sind mehr als 50 Jahre vergangen. Die Pfarrgemeinderäte sind eine Erfolgsgeschichte. In den Gemeinden der Urkirche gab es noch keine Pfarrgemeinderäte, aber es gab Antworten auf Fragen, die den heutigen gar nicht unähnlich sind.**

**Von Sabine Bieberstein**

Professorin für Exegese und Biblische Didaktik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Die historische Jesusforschung zeigt: Jesus hat Männer und Frauen in die Nachfolge gerufen. Diese Nachfolger Jesu wurden mit Vollmacht ausgestattet und zur Verantwortungsübernahme befähigt. Jesus selbst hat von sich selbst weder als „Messias" noch als „Sohn Gottes" gesprochen. Jedoch wurden wahrscheinlich messianische Erwartungen an ihn herangetragen. Diese Hoffnungen hat Jesus allerdings nicht exklusiv auf sich bezogen, sondern er hat sie auf seine Jünger übertragen.

Im Zentrum der Botschaft und Praxis Jesu stand das im Kommen begriffene Reich Gottes. Allerdings brachte Jesus diese Gottesherrschaft nicht exklusiv mit seiner Person in Verbindung. Vielmehr verankerte er sie in verschiedenen Kollektiven: bei den Armen (Mt 5,3), den Kindern (Mk 10,14), den Jüngern (Lk 12,32; Mk 4,12; Lk 17,20f) oder auch dem Volk (Mt 8,11). Diese werden als Träger und Repräsentantinnen der Königsherrschaft Gottes angesehen. Die Evangelien sind sich einig, dass Jesus mit einer besonderen Vollmacht ausgestattet war, die seine Lehre und sein Handeln prägte und Menschen in seinen Bann zog (vgl. Mk 1,22). Allerdings verstand Jesus seine Sendung nicht exklusiv, sondern teilte sie mit den Nachfolgern: Er ließ sie an seiner Vollmacht und seinem Charisma partizipieren. Das zeigt sich besonders in den Berufungs- und Aussendungsüberlieferungen: Jesus sendet Jünger nach dem übereinstimmenden Zeugnis der synoptischen Tradition mit einem Auftrag aus, der seinem eigenen entspricht: Wie er selbst sollen sie die Gottesherrschaft ankündigen, Dämonen austreiben und Kranke heilen. (Voll-)Macht wird geteilt und zur Befähigung aller eingesetzt – die Jesusbewegung ist von ihrem innersten Anliegen her geprägt durch Teilen von und Teilhabenlassen an Macht. Dies gilt nicht nur für einige Auserwählte, sondern für viele, wie die Aussendung der 72 Jünger zeigt (Lk 10,1–12). Genau hierin ist der Ursprung der Kirche und des Kirchengedankens zu suchen. Weil es diese mit Vollmacht ausgestatteten Menschen gab, die das Leben Jesu teilten, mit ihm unterwegs waren, verkündeten und heilten, und weil die Gottesherrschaft nicht exklusiv mit der Person Jesu verbunden war, konnte dieses messianische Kollektiv den Tod Jesu überstehen und das gemeinsame Reich-Gottes-Projekt weitertragen. Darin liegt eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass es Kirche überhaupt gibt.

## DIE ERSTEN GEMEINDEN WAREN VON ALLEN GETAUFTEN GETRAGEN

Was sich in der Jesusbewegung beobachten ließ, wurde in den ersten Gemeinden weitergeführt: diese wurden von allen Getauften getragen. Grundlegend für die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Christusgläubigen ist nach Paulus der Glaube an – besser: das Vertrauen auf – den Messias Jesus. Rituell markiert wird dies in der Taufe. Durch sie werden die Getauften buchstäblich Christusförmig. Das hat konkrete Auswirkungen auf das Leben und Handeln. Wer sich in dieser Weise ganz von diesem Christus prägen lässt, kann nicht mehr in der gleichen Weise leben und handeln wie zuvor. Denn dieser Christus ist ja der Gekreuzigte, der sich ans unterste Ende der sozialen Skala gestellt hat und den verachtetsten aller Tode gestorben ist – der aber von Gott auferweckt wurde und nun als der „Sohn Gottes" bekannt wird. Das stellt die herrschende Werteskala und die sozialen und politischen Machtverhältnisse auf den Kopf.

**Die Gemeinden der Urkirche haben es vorgemacht – Zeit, neue Wege zu beschreiten.**

Das hat Folgen: Wer diesem Christus zugehörig ist, kann nicht die gesellschaftlichen Machtstrukturen, die Gewaltverhältnisse, das Unrecht weiterschreiben. Vielmehr kann und soll, wer diesem Christus zugehörig ist, neu und anders handeln. Für das gemeindliche Miteinander formuliert es ein Text aus dem Galaterbrief, der wahrscheinlich anlässlich von Taufen gesprochen oder gesungen wurde, so: „Denn alle seid ihr durch den Glauben Söhne und Töchter Gottes in Christus Jesus. Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid einer in Christus Je-

FOTO: REICHDERNATUR / ADOBE STOCK

sus.“ (Gal 3,26–28)Dies ist nicht weniger als eine Magna Charta für christliche Gemeinden. Alte Strukturen und Machtverhältnisse, die Menschen nach ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung einteilen und bewerten, haben ausgedient. Angesagt sind dagegen vorbehaltlose Anerkennung von Frauen und Männern, Fremden und Einheimischen, Armen und Reichen, Jungen und Alten. Angesagt ist die Teilhabe aller.

Unter dem Titel *Gute Wahl. 50 Jahre Pfarrgemeinderäte in Bayern* hat das Landeskomitee der Katholiken in Bayern ein neues Heft in der Reihe Zeitansagen veröffentlicht. Dabei handelt es sich um die Dokumentation des gleichnamigen Studientages vom 28. September 2018, angereichert um weitere Texte zur Geschichte des Laienapostolats in Bayern, sowie Zukunftsperspektiven für die Pfarrgemeinderäte. Das Heft kann auf **www.landeskomitee.de** und in der Geschäftsstelle des Landeskomitees bestellt werden.

## KENNZEICHEN DER NEUTESTAMENTLICHEN GEMEINDEN IST EINE VIELFALT AN MODELLEN UND STRUKTUREN

Bei den paulinischen Gemeinden des Anfangs ist es nicht geblieben. Die Zeiten haben sich verändert, die Gemeinden sind gewachsen, neue Situationen an unterschiedlichen Orten haben die Gemeinden immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. So ist es nicht verwunderlich, dass wir in den neutestamentlichen Schriften unterschiedliche Vorstellungen von Gemeinden und daher auch verschiedene Strukturmodelle finden. So kennen zum Beispiel die Apostelgeschichte, der Jakobusbrief und der Erste Petrusbrief Ältestenräte, die die Geschicke einer Gemeinde lenken.

Die Pastoralbriefe setzen eher auf einen Gemeindeleiter, einen Episkopos, das heißt einen „Aufseher“, der genau hinschaut (1 Tim 3,1–7). Sie kennen daneben aber auch ein Gremium von Diakonen, eine Gruppe von Ältesten oder auch eine Gruppe von Witwen (1 Tim 3,8–13; 5,3–16.17–22). Das Johannesevangelium ist dagegen eher skeptisch gegenüber Ämtern. Vor allem „Hirten“ erregen das Misstrauen der Gemeinde; denn es gibt nur einen guten Hirten: Jesus Christus selbst (Joh 10,1–21). Die Offenbarung des Johannes will im neuen Jerusalem nicht einmal mehr einen Tempel sehen; denn Gott und das Lamm wohnen direkt unter den Menschen. Es gibt kein Kultpersonal mit den entsprechenden Privilegien und Machtpositionen mehr, vielmehr haben alle gleichermaßen direkten Zugang zu Gott (Offb 21,1–22,5). Die Liste ließe sich fortsetzen.

Es zeigt sich: Die neutestamentlichen Gemeinden reagierten mit großem Einfallsreichtum und in großer Freiheit auf sich verändernde Situationen. Sie versuchten, jeweils in Rückbindung an die Botschaft Jesu, angemessene Antworten auf neue Herausforderungen zu finden. Sie entwickelten Bestehendes weiter, fanden oder erfanden neue Strukturen. Als die Schriften kanonisiert wurden, ist keines der Strukturmodelle als einzig gültig erklärt worden. Lesen wir dies als Ermutigung für heute, nicht bei einem einmal gefundenen Modell zu verharren, sondern erfinderisch zu sein, Vielfalt zuzulassen und in Freiheit neue Wege zu beschreiten, die den Herausforderungen unserer Zeit gerechter werden.

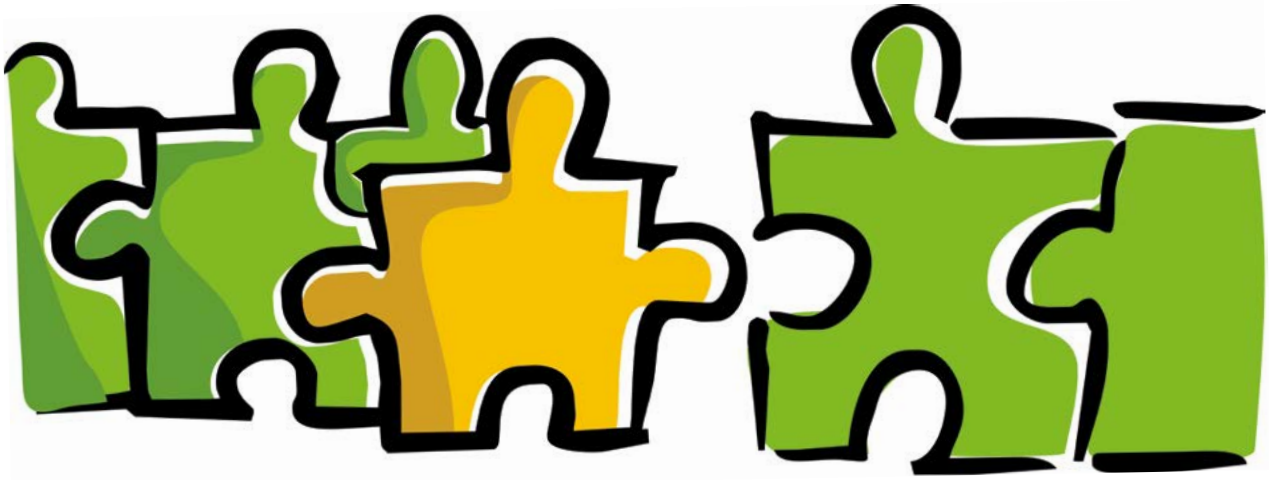


ILLUSTRATION: ILLU24 / ADOBE STOCK

# Es wird immer größer

## Fallbeispiel Bamberg

**Geht Demokratie oder wenigstens Mitsprache der Laien, wenn es um Strukturreformen und pastorale Inhalte in der katholischen Kirche geht? In den vergangenen zwei Jahren wurde dies im Erzbistum Bamberg versucht, mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen.**

**Von Günter Heß**

Vorsitzender des Diözesanrates Bamberg

Ausgangspunkt ist der Personalplan für die Zeit bis 2022, der einen Rückgang des gesamten hauptamtlichen Personals prognostiziert. Daher wurde beschlossen, die bisherigen kleineren Seelsorgebereiche zu größeren zusammenzufassen. Dabei sollten die Laien, vertreten durch ihre Gremien, aber auch direkt bei Konferenzen vor Ort ein gewichtiges Wort mitreden. Eine Zeitschiene war vorgegeben. Limitierend ist in einem solchen Fall auch das Kirchenrecht. Bambergs Erzbischof Ludwig Schick hat zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, dass er im Zweifelsfall das letzte Wort habe. Somit bestand generell ein Spannungsfeld zwischen Beschlüssen der Gremien auf allen Ebenen und der kirchlichen Hierarchie. Was von vorneherein vom Erzbischof ausgeschlossen wurde, war die zwangsweise Zusammenlegung von Pfarreien.

### NEUORDNUNG DER SEELSORGEBEREICHE

Vom Ordinariat wurden den bisherigen Seelsorgebereichen und Pfarreien zwei Aufgaben gestellt: sie sollten zum einen sich frei entscheiden können, mit wem sie größere Seelsorgeeinheiten bilden sowie den Sitz eines Verwaltungszentrums, zugleich Sitz des leitenden Pfarrers, festlegen. Problematisch erwies sich dabei von Anfang an die Kommunikation zwischen Ordinariat und dem Diözesanrat. Immerhin gelang es, mit dem stellvertretenden Diözesanratsvorsitzenden, Oskar Klinga, eine Person im Fachausschuss für den Reformprozess zu etablieren, sodass dadurch die Kommunikation erheblich verbessert wurde. Auch fanden im Folgenden Regionalkonferenzen, zum Teil vorwiegend mit Hauptamtlichen, zum Teil vorwiegend mit Ehrenamtlichen, statt, an denen der Diözesanrat immer maßgeblich beteiligt war.

Die so gefällten Entscheidungen sind aus heutiger Sicht durchaus akzeptabel. Zwar wurde es Nürnberg verweigert, mit etwa 100.000 Katholiken einen einzigen neuen Seelsorgebereich zu bilden, aber insgesamt ist die Einteilung der neuen Seelsorgebereiche insgesamt wohl gelungen. Die Verwaltungszentren wurden allerdings gerade bei Städten zum Teil eher zwischen Zentrum und Stadtrand angesiedelt, sodass künftig der Dienstsitz des leitenden Pfarrers weit weg vom politischen, historischen und letztlich auch ökumenischen Zentrum einer Stadt liegt. Erreichbarkeit war das entscheidende Kriterium.

### NEUORDNUNG DER DEKANATE

Ohne auf Details einzugehen: es ergab sich, dass auch die Dekanate neu geordnet werden mussten. Aus 21 Dekanaten wurden zehn. Diese Entscheidung wurde zwar dem Diözesanrat zur Beratung vorgelegt, seine Einwände aber nicht berücksichtigt. Dies hat jetzt zur Folge, dass ein enormer Zeitdruck in vielfacher Hinsicht entsteht. Die bisherigen Dekanatsräte können nicht weiterbestehen, die neuen verkleinerten Dekanatsausschüsse müssen innerhalb weniger Wochen konstituiert werden, soll wie bisher wenigstens ein Vertreter der Ehrenamtlichen pro Dekanat bei der Wahl dabei sein.

### FAZIT

Das, was von ehrenamtlicher Seite erreicht wurde, ist ein Spatz in der Hand – immerhin. Mitsprache war gegeben, Mitentscheidung in Satzungsfragen in der Regel voll gegeben. Dass die Taube auf dem Dach schon aus kirchenrechtlichen Gründen nicht erreichbar war, war klar. Die von der jeweiligen Basis getroffenen Entscheidungen werden akzeptiert. Allerdings müssen sie wohl in der Zukunft revidierbar sein. Die Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen wurde verbessert. Dennoch ist da – wie Beispiele aus anderen Bistümern zeigen – noch Luft nach oben.

# Formen von Demokratie

## Von der Schwierigkeit, repräsentativ verfasste Demokratien mit Elementen direkter Demokratie zu verbinden

**Von Ursula Münch**

Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Westliche Demokratien beruhen auf zwei Legitimationsprinzipien: dem Grundsatz des Konstitutionalismus, der die Herrschenden in ihrer Machtausübung durch gewaltenhemmende Elemente beschränkt, sowie dem Grundsatz der Volkssouveränität, wonach demokratische Herrschaft immer an die Mehrheit des Volkes rückgebunden ist.

Schon aufgrund der Größe ihrer Bevölkerung und ihres Staatsgebietes sind moderne Demokratien hierzu auf Repräsentation angewiesen. Darunter versteht man die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte Organe. Diese handeln zwar im Namen des Volkes, aber ohne bindenden Auftrag. Das Volk führt die politischen Geschäfte also nicht selbst, sondern lässt diejenigen regieren, die es über demokratische Wahlen zuvor bestimmt hat.

Im Unterschied dazu strebt eine direkte oder plebiszitäre Demokratie dadurch eine möglichst große Übereinstimmung von Regierenden und Regierten an, dass das Volk regelmäßig zu Abstimmungen aufgerufen wird, in denen es politische Fragen entweder unmittelbar selbst entscheidet oder den Repräsentanten zur Beratung vorgibt. Auch eine direkte Demokratie kann schon allein aufgrund der Zahl der zu treffenden Entscheidungen jedoch nicht auf repräsentative Elemente verzichten.

### TRENNUNG NICHT IMMER MÖGLICH

Eine völlig trennscharfe Unterscheidung ist also nicht möglich: die Schweizer regieren sich zum einen nicht permanent selbst, und zum anderen sehen inzwischen alle deutschen Landesverfassungen die Möglichkeit höchst unterschiedlich ausgestalteter direktdemokratischer Beteiligungsformen auf Landes- und auf kommunaler Ebene vor. Im Unterschied dazu kennt das Grundgesetz mit Ausnahme der Möglichkeiten zur Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29 GG) sowie zur Verfassungsgebung, die das Grundgesetz als Ganzes ablösen würde (Art. 146 GG), keine Elemente direkter Demokratie.

**Ursula Münch leitet seit 2011 die Akademie für Politische Bildung in Tutzing.**

FOTO: AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Dass auch grundsätzlich repräsentativ verfasste Demokratien immer häufiger direktdemokratische Elemente in ihre Verfassungsordnung aufnehmen, ist auf den Wunsch einer immer besser gebildeten Bürgerschaft zurückzuführen, ihre selbstbestimmte Lebensführung auch in den Bereich des Politischen auszuweiten. Gleichzeitig betrachten Mandats- und Amtsträger die Aufnahme direktdemokratische Beteiligungsformate als Chance, Krisenerscheinungen des Parlamentarismus entgegenzuwirken. Etwa der Krise der Volksparteien sowie der Wahrnehmung, die Distanz zwischen Regierenden und Regierten sei zu groß geworden.

### BEISPIEL BREXIT

Der Versuch, beide Demokratiemodelle zu verbinden, schafft aber die nächsten Probleme: Er lässt nämlich das Dilemma aller direktdemokratischen Entscheidungen, dass das Abstimmungsvolk im Unterschied zu gewählten Volksvertretern keine Verantwortung für das übernimmt, worüber es entscheidet, in das parlamentarische System „hineinschwappen". Das Brexit-Referendum ist ein Beispiel, dass das Einfügen direktdemokratischer Elemente in repräsentative Systeme unauflösbare Konflikte erzeugen kann: Von der Verfassung mit einem freien Mandat ausgestattete und vom Wahlvolk demokratisch legitimierte Parlamentarier werden durch die Wirkmacht einer eigentlich unverbindlichen Abstimmung in einen unauflösbaren Gegensatz zum Abstimmungsvolk manövriert.

# Wer Religion frei gibt, kann Demokratie wagen

**Athen und Jerusalem bilden seit der Antike eine symbolische Differenz universaler Ansprüche. Die eine Stadt steht für Idealität durch argumentativ vernünftig betriebene Philosophie ein, die andere für eine alle anderen abschließende Offenbarung durch gläubige Unterwerfung. Mit der ersten Linie lässt sich Volks-, mit der anderen Religionsherrschaft entwickeln.**

**Von Hans-Joachim Sander**

Professor für Dogmatik an der Universität Salzburg

Athen ebnet den Weg zur Demokratie, Jerusalem bietet Theokratie an. Beide Herrschaften können sich jeweils in sich selbst versteifen und bilden dann großflächige Disziplinarregimes aus. Dann räumen sie ihre Kritiker mit aller Macht aus dem Weg. Das haben ein Philosoph mit scharfer Kritik an einer zum Dialog unfähigen Volksherrschaft wie Sokrates und ein Prediger mit scharfer Kritik an einer durch ein Imperium korrumpierte Tempelherrschaft wie Jesus mit dem Leben bezahlt. Die Herrschaftslogiken der idealisierten Volksherrschaft und der geoffenbarten Religionsherrschaft können sich als religiös einheitlich formierter Staat verbinden, aber auch aufeinander losgehen, wenn Allmacht lockt.

Im imperialen Rom wurde beides durchgespielt. Vor Kaiser Konstantin setzte ein idealisiertes römisches Volk eine imperiale Herrschaft über andere Völker durch, die es als Barbaren ansah. Die Christen widerstanden mit der Kraft ihrer eigenen theokratischen Idealität. Mit Konstantin wurde diese verfemte Alternative zur staatlichen Norm. Und das Christentum setzte als rechtgläubige Kirche, in Ost und West zur einzigen für den Staat akzeptablen wahren Religion aufgestiegen, seinen alleinigen Heilsanspruch gegen andere Glaubensweisen durch.

Das bestand bei allen folgenden Verlagerungen des Imperiums in das christliche Abendland fort. Lediglich für die eigene Freiheit war die Kirche bereit, sich gegen eine feudale Majorisierung durch den Staat aufzulehnen, aber weder Leibeigene noch Andersgläubige profitierten davon. Staat, einzig wahre Religion und homogenes christliches Volk wurden bis weit in die Neuzeit hinein identifiziert und als vor Gott höher stehende Civitas Dei nach außen gegen Juden, Muslime sowie nach 1492 Eingeborene auf allen anderen Kontinenten in Stellung gebracht und nach innen mittels Höllenangst, Inquisition und disziplinierender Pastoralmacht abgesichert.

FOTO: IPOPBA / ADOBE STOCK

## MIT VERNUNFT GEGEN DIE MACHT

Mit der Reformation riss die Formel an der schwächsten Stelle auf, dem einheitlichen christlichen Volk. Staat und Religion allein konnten das nicht kompensieren und wüteten stattdessen mit reinem Macchiavellismus, um die Souveränität des jeweils wahren christlichen Staates allen aufzuzwingen, die denominational anders waren. Die verheerenden Auswirkungen dieser extremen Bürgerkriege ließen die Vernunft gegen die Macht aufbegehren. Mit dem Westfälischen Frieden wurde 1648 die Formel gefunden, dass Staat und Religion keine einheitliche Gewalt bilden dürfen, so dass ihre religiös angefachte Souveränitätsanmaßung Andersgläubigen nicht länger aufgezwungen werden kann. Ein von Aufklärung befeuerter Staat begann das Religionsrecht des Individuums gegen den Zugriff anderer zu schützen; er gewährte Toleranz und relativierte die Kirchen. Das trug nicht unerheblich zur wirtschaftlichen Dynamik bei jenen Völkern bei, die die theokratische Logik der möglichst vollständigen Beherrschung der Individuen hinter sich ließen. England und seine nordamerikanischen Kolonien, die Niederlande, aber auch Preußen unter Friedrich dem Großen sind Beispiele dafür. Weiterhin theokratisch infizierte Staaten wie Spanien, Frankreich, Österreich, das osmanische Imperium oder Russland fielen zurück. Jede restaurative Revanche für ein religiös homogenes Staatsvolk scheiterte sowohl an der Dekadenz der dafür nötigen Regimes wie später an der gesellschaftlichen Dynamik der Industrialisierung.

## RELIGIONSFREIHEIT IST MENSCHENRECHT

Insbesondere der Katholizismus hat weltweit durch gesellschaftlichen und kulturellen Abstieg für den Revanchismus seiner klerikalen Elite zugunsten eines religiös aufgeladenen Staates büßen müssen. Erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurde er fähig, sich positiv auf die unauflösbare Spannung zwischen Religion und Staat einzustellen, die ihre strikte Trennung voraussetzt. Durch die beiden Revolutionen in Frankreich und den USA war sie als auf Dauer gestellter Normalfall etabliert worden. Gewaltenteilung, Menschenrechte und eine Nation vor dem Gesetz gleicher Bürger ersetzen jede religiös geeinte Volksidealität. Durch Kolonialismus, Weltkriege, Zusammenbruch des Kommunismus, dessen Atheismus eine frappierenden Familienähnlichkeit zur Theokratie aufweist, und Globalisierung sind mittlerweile so gut wie alle Kulturen der Menschheit in eine sich wechselseitig relativierende Spannung von Staat und Religion hineingenommen.

Auch oligarchisch, diktatorisch und autoritär beherrschte Staaten wie Saudi Arabien, Iran, Türkei oder China müssen sich gegen theokratisch ausgerichtetes Aufbegehren wehren, obwohl sie die Trennung von Staat und Religion verweigern. Theokratie bleibt als Utopie für islamistische Terrorstaaten wirksam oder dient einem christianistisch angelegten Rechtspopulismus zur Ausgrenzung muslimischer Zuwanderung. Mit dem christlichen Abendland ist daher kein Staat mehr zu machen, der sich als Demokratie organisiert; denn in ihr wird Religionsfreiheit nicht bloß gewährt, sondern als dem Staat übergeordnetes Menschenrecht garantiert. Keine einzige wahre Religion hat in der Demokratie einen legitimen Herrschaftsraum. Nur wer Religion negativ wie positiv frei gibt, kann Demokratie wagen.

## DIENST AM MENSCHEN

Athen hat also über Jerusalem gesiegt und Rom hat als Alternative ausgespielt. Kann man also auf öffentliche Religion in säkularen Demokratien verzichten? Das kann deshalb nicht gelingen, weil die Volksherrschaft seit Athen den Webfehler der Idealisierung mit sich trägt. Demokratie ist nicht nur ständig vom Scheitern bedroht, sondern auf vielen gesellschaftlichen Feldern hoch defizitär, wie derzeit die Tribalisierung von Herrschaft in den USA und im Brexit-Großbritannien offenbaren. Sie ist alles andere als ideal. Religionen, die sich von der gefährdeten Würde des Menschen betreffen lassen, besetzen daher einen wichtigen Ort im Gegenüber zu idealisierter Macht. Sie können zu einer Stimme für jene werden, die den Preis für das Scheitern staatlicher Herrschaft zahlen, wenn sie das unabhängig vom Glaubensbekenntnis dieser Menschen tun. Religionsgemeinschaften können daher nicht sagen, wohin die Reise für einen Staat gehen soll, aber sie können sehr wohl deutlich machen, wofür Macht nicht taugt und wofür sie nicht gut ist. Dafür müssen sie sich selbst auf die humane Würde ihrer Zeitgenossen hin relativieren, die ständig gefährdet ist, nicht respektiert zu werden.

Dass dabei Theokratie auf der Strecke bleibt, ist mehr als nur gut; denn sie ist eine bösartige Versuchung, die Un- und Andersgläubige verfolgen muss. Es hebt Religionsgemeinschaften unter allen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren heraus, wenn sie diese ihre ureigene Versuchung in sich selbst und gegen andere bestehen. Sie leisten allen Menschen einen Dienst, weil sie diese ermächtigen, ihren Griff nach Macht nur demokratisch auszuhandeln.

# Niederlagen gehören zur Demokratie

**Sie ringen um Positionen, wollen überzeugen und lassen sich bei Zeiten auch überzeugen – wer einmal eine Versammlung des BDKJ besucht hat, der weiß: hier lernen die jungen Leute für's Leben. Sie lernen miteinander umzugehen, konstruktiv zu streiten und nachzugeben, wenn die Mehrheit eine andere Meinung hat. Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie.**

**Von Daniel Köberle**

Landesvorsitzender des BDKJ Bayern

Ich muss mich nur gut sichtbar melden. Das reicht schon aus. Es garantiert mir, dass ich früher oder später aufgerufen werde, einen Redebeitrag abgeben kann und die restlichen Anwesenden mir zuhören (oder zumindest selbst nicht reden). Ein Prinzip, das auf der Mitgliederversammlung eines Verbandes auf Pfarreiebene für ein zehnjähriges Kind gleichermaßen gilt, wie für die Mitglieder des Bundesvorstandes auf der BDKJ-Hauptversammlung.

Das ist ziemlich offline, nicht besonders innovativ und ein weitgehend bekanntes Vorgehen. Aber es führt dazu, dass das Ringen um Positionen oder die Durchführung von Wahlen auf dem Austausch von Sichtweisen und Argumenten beruhen. Im Gegensatz zur Klassensprecherwahl – die in Bezug auf Demokratie demotivierendste Erfahrung, die ich jemals gemacht habe – ist hier in der Regel nicht entscheidend, wer am lautesten brüllt oder zuerst spricht.

Der sportliche Wettkampf um die besten Ideen und Argumente macht häufig nicht nur Spaß, sondern ist für junge Menschen eng mit Lern- und Bildungseffekten verbunden. Beim Recherchieren und Vorbereiten von Redebeiträgen, beim Sammeln von guten Argumenten, beim Üben sich verständlich auszudrücken, andere zu überzeugen und beim Organisieren von Mehrheiten oder beim Sprechen vor größeren Menschgruppen erfahren sie Selbstwirksamkeit und erwerben Softskills. Persönlichkeitsentwicklung geschieht im Prozess der Selbstaneignung.

Gar nicht „mal so ganz nebenbei" bildet die Jugendverbandsarbeit auf diese Weise mündige und selbstbewusste Demokraten aus. Jugendverbandler setzten sich für die selbsterarbeitete Positionen ein, können aber auch demokratische Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, die nicht unbedingt der eignen Position entsprechen, aber im Prozess fair und mehrheitlich ausgehandelt wurden. Sie entwickeln kritische Loyalität zu gesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen, erarbeiten sich ein Wertebewusstsein, verstehen und verteidigen rechtsstaatliche und parlamentarische Prinzipien, haben Verständnis für politische Zusammenhänge und zeigen Verantwortung für die Gestaltung ihres Lebensumfeldes.

Keine neue Weisheit: Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Die Lebensläufe vieler Abgeordneter im Maximilianeum verraten eine frühere Zugehörigkeit zu einem katholischen Jugendverband. Das beweist, dass Jugendverbände und die dort stattfindende Auseinandersetzung mit demokratischen Instrumenten ernstzunehmende „Ausbildungsorte" für zukünftige Parlamentarier sind. Jugendverbände nur darauf reduzieren ist zu wenig! Sie sind viel, viel mehr für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

**WAS BEDEUTET FÜR DICH DEMOKRATIE IN DEINEM JUGENDVERBAND?**

**WAS REIZT DICH DARAN, DEINEN VERBAND MITZUGESTALTEN?**

**WAS IST AN DEBATTEN SPANNEND? WAS IST EHER LANGWEILIG?**

**WIE GEHST DU DAMIT UM, WENN DU FÜR DEINE POSITION BEI EINER ABSTIMMUNG KEINE MEHRHEIT BEKOMMST?**

FOTOS: BDKJ

**Vanessa Eisert** (23) ist ehrenamtliche BDKJ-Diözesanvorsitzende in Würzburg
*Verband: Christliche Arbeiterjugend - CAJ*

**Anna Siegmüller** (22) ist ehrenamtliche KjG-Diözesanleiterin in Regensburg
*Verband: Katholische Junge Gemeinde – KjG*

**Frederik Wohlleben** (24) ist Stammesvorsitzender „Stamm Maximilian Kolbe“ in Nürnberg
*Verband: Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg - DPSG*

Generell bedeutet Demokratie für mich im Jugendverband, dass alle mitbestimmen dürfen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialem Stand. Mir ist wichtig, dass Demokratie auch in der Sprache stattfindet. Denn auch Sprache kann Menschen ausschließen.

Demokratie habe ich zum ersten Mal in der KjG erlebt. Es ist toll zu beobachten, wie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene demokratisch zusammenarbeiten. Es bedeutet für mich, im Team zu besseren Lösungen zu kommen.

Jedes Kind und jeder Jugendliche hat die Möglichkeit sich eine Meinung zu bilden und diese einzubringen. Gleichzeitig müssen diese lernen, andere zu überzeugen, damit dann zusammen etwas Gutes erreicht werden kann.

Im BDKJ schaffen wir die Grundlage, dass die einzelnen Mitgliedsverbände gut arbeiten können. Denn genau dort – in den Verbänden – bekommen junge Menschen die Möglichkeit sich zu entwickeln und zu lernen, wer sie sind und wer sie sein wollen, so auch in der CAJ, wo die Arbeit mit jungen Menschen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, im Mittelpunkt steht.

Als KjG-Diözesanleiterin komme ich viel rum und darf auch Mitgliedsversammlungen von Ortsgruppen moderieren oder Kindersenate – ein Mitbestimmungsformat für Kinder – besuchen. Ich beobachte dort überall einen wertschätzenden Umgang mit den Meinungen der Kinder und Jugendlichen. Sie lernen, dass ihre Meinungen gleich viel wert sind und nennen die Themen beim Namen. Da trauen sich Kinder oft mehr und direkter Anliegen zu formulieren. Vor allem dann, wenn sich Kinder Gedanken um die Zukunft machen.

Mit der Zeit ist mir bewusst geworden, wie viele demokratische Werkzeuge es in meinem Verband überhaupt gibt. Nach und nach erst habe ich erkennen können, wie demokratisch das eigentlich alles ist. Inzwischen bemerke ich mit meiner Erfahrung und Perspektive viele Punkte, die man noch besser machen kann, auf allen möglichen Feldern: Sei es eine inhaltliche Position oder die neue Jurte fürs Zeltlager.

Spannend ist es, wenn man durch Debatten neue Blickwinkel und Argumente kennenlernt. Langweilig wird es dann, wenn folgendes passiert: „Es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem”. Das dauert dann...

Debatten sind vielseitig: die können teilweise langwierig sein, vor allem, wenn man sich dabei im Kreis dreht. Aber Gott sei Dank gibt es auch Geschäftsordnungsanträge. So kann man den Verlauf einer Diskussion konstruktiv beeinflussen. Oft erlebe ich aber auch vielseitige Debatten, in denen jede und jeder zu Wort kommt und jede Meldung (an)gehört wird. So passiert es nicht selten, dass man durch eine entsprechende vielseitige Diskussion gemeinsam zu einer guten Lösung kommt.

Spannend ist, dass man jedes Mal die Chance hat, seine eigene Position zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Es ist also mehr als das „Herausplärren” der eigenen Meinung, sondern das Suchen nach einem gemeinsamen Weg.

In vielen Fällen kann ich gut damit umgehen, eine Abstimmung zu verlieren. Bei Positionen, die mir wirklich stark am Herzen liegen, brauche ich dann schon mal zwei, drei Tage bis ich das verdaut habe. Aber dann kann auch ich damit gut leben. Das ist Demokratie.

Im ersten Moment ist das immer schade, schließlich habe ich mir im Vorfeld Gedanken gemacht und mich vorbereitet. Mit etwas Abstand betrachtet, kann ich aber dann auch gut mit einer solchen Entscheidung leben, schließlich sind wir ein demokratischer Jugendverband. Gerade weil wir gemeinsam um kompromissfähige Lösungen ringen, weiß ich, dass ich solche Situationen nicht persönlich nehmen muss. Es geht schließlich um die Sache!

Ich ärgere mich natürlich schon erst mal ein bisschen. Denn ich gehe natürlich davon aus, dass das, was ich mir überlegt habe, schon auch eine gute Sache für alle ist. Dann muss ich mich fragen, woran es liegt, dass ich unterlag. Und man sollte herausfinden: Muss ich Mehrheiten besser organisieren, war mein Standpunkt nur aus meiner Perspektive nachvollziehbar oder hatte ich vielleicht keine guten Argumente?

# Eine konstruktive Spannung

**Es wurde schon viel geschrieben zur Rolle der Religion in der Demokratie. Unser Autor fragt sich, ob die Beziehung mehr eine Wahlverwandtschaft oder doch eher die eines Fremdkörpers ist.**

**Von Oliver Hidalgo**

Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg

Die Geschichte der Demokratie in Europa kann den theoretischen und empirischen Gegensatz zwischen moderner Volksherrschaft und christlicher Tradition nicht ignorieren. Dass demokratische Ideen wie Volkssouveränität und individuelle Selbstbestimmung, Tatsachen wie der gesellschaftliche Wertepluralismus und Normen wie die Trennung von Politik und Religion nicht zur herkömmlichen Vorstellung eines allmächtigen Gottes, einer allgemein verpflichtenden, überpositiven Sozialethik sowie einer machtpolitischen Relevanz der Kirchen passen, kann damals wie heute kaum überraschen. Hans Kelsen meinte einst sogar, dass jedweder philosophisch oder religiös begründete Wahrheitsanspruch die Demokratie unterminiert, da es gegenüber der Wahrheit nur eines geben könne: den unbedingten Gehorsam, fernab von demokratischen Diskussionen, Streits und Kompromissen.

## RELIGION UND DEMOKRATIE

Spätestens seit den politischen Eskalationen und moralischen Katastrophen, wie sie sich bevorzugt im 20. Jahrhundert ereigneten, wurde indes der normative Ergänzungsbedarf der Demokratie sichtbar und sind ihren Spannungsmomenten mit der Religion daher durchaus positive Effekte abzugewinnen. Hellsichtige Autoren wie Montesquieu, Rousseau, Kant oder Tocqueville hatten früh erkannt, dass die Religion gerade aufgrund ihrer gegensätzlichen Prinzipien einen konstruktiven Einfluss auf die Demokratie auszuüben vermag. Vor allem Tocquevilles berühmte Studie über die Demokratie in Amerika (1835/1840) kann hier als innovatives Zeugnis gelten, wie der evidente Gegensatz zwischen Religion und Demokratie positiv zu wenden ist. Gegen die liberale Fiktion des Religiösen als Privatsache reklamierte der französische Adelige eine zivilgesellschaftliche Rolle der christlichen Religion, um die gefährlichen Schattenseiten der demokratischen Praxis zu kompensieren: Individualismus und sozialer Atomismus, kurzsichtiger ökonomischer Erfolg statt Solidarität, Gemeinschaftsverantwortung und Nachhaltigkeit sowie Bürokratismus (der das Vakuum fehlenden Sozialkapitals füllt) und Politikverdrossenheit. Vor dem Hintergrund der institutionellen Trennung von Kirche und Staat glaubte Tocqueville, dass jene zivilgesellschaftliche Funktion der Religion das säkulare Autoritätsverständnis der modernen Demokratie nicht verletzt.

Spätere Ansätze, die die heilsame Wirkung der Religion auf die Demokratie bestätigen, bewegen sich nicht zufällig im Fahrwasser Tocquevilles. So beschrieb Robert N. Bellah die Zivilreligion in den USA als unhintergehbaren, die Diversität der Glaubensrichtungen integrierenden Wertekonsens, der auf den Dogmen der Existenz Gottes, des ewigen Lebens, der Belohnung von Tugend und der Bestrafung des Lasters aufbaut. Bellahs Buch *Habits of the Heart* (1985) übernimmt dabei bereits im Titel eine zentrale Denkfigur Tocquevilles, die auf die religiöse Herzensbildung als Quelle sozialen Engagements verweist. Bestätigung fand er bei Robert D. Putnam, der in seinem Buch *Bowling Alone* (2000) die hyperindividualisierte Gegenwart schildert, in welcher das soziale Band der Religion

verloren gegangen ist. In Deutschland legte Niklas Luhmann seinen Fokus auf eine zivilreligiöse Mixtur aus säkularen und religiösen Wertbeständen, die er in der Tradition soziologischer Klassiker von Durkheim über Simmel bis Parsons als unerlässliche, vorpolitisch-moralische Grundlage des Gemeinwesens begriff.

## DIE SUBSTANZ DES RELIGIÖSEN

Hermann Lübbe verstand unter einer Zivilreligion wiederum das, was menschlicher Dispositionsfreiheit generell entzogen ist und sein soll. Wie schon bei Tocqueville avanciert das Religiöse dadurch zur Grundlage und Grenze einer politischen Freiheit, die in der säkularen Demokratie der Gefahr der Verabsolutierung

ILLUSTRATION: HURCAI / ADOBE STOCK

unterliegt. Damit setzte Lübbe den Gedanken Ernst-Wolfgang Böckenfördes fort, der darauf pochte, dass der freiheitliche, säkulare Staat der Moderne auf Grenzziehungen durch die Religion angewiesen bleibt, um nicht in totalitäre Formen abzugleiten. Gewissermaßen umgedreht wird das bekannte ‚Böckenförde-Diktum' bei Jürgen Habermas, dem es angesichts der heutigen Hegemonie des Säkularen nicht mehr darum geht, religiöse Akteure von der Wichtigkeit ihrer Rolle im demokratischen Staat zu überzeugen. Habermas' Friedenspreisrede von 2001 sowie weitere Stellungnahmen zur Religion in der Folge zielen vielmehr darauf ab, die ständig wachsende Zahl der Säkularen daran zu erinnern, dass die deliberative Demokratie die Religion sowohl als motivationale Triebfeder bürgerlicher Partizipation als auch in argumentativer Hinsicht (beispielsweise im Bereich der Medizinethik) nach wie vor nicht entbehren kann. Nötig hierfür ist allerdings eine Übersetzung religiöser Dogmen und Überzeugungen in einen säkularen Argumentationsrahmen, der auch für Anders- und Nichtgläubige Verbindlichkeit entfaltet.

Hinter dem funktionalistischen Vokabular, das nahezu allen genannten Ansätzen zu eigen ist, darf die Substanz des Religiösen jedoch nicht verblassen. Heilserwartungen und Wahrheitsansprüche der Religion lassen sich nicht intendiert in den Dienst der Demokratie stellen, bleiben sie doch dem Grund nach unabhängig von wechselnden Mehrheitsverhältnissen, Modeerscheinungen und Verfahrenslegitimationen. Eine komplementäre Perspektive auf Demokratie und Religion wird deshalb um eine Betonung ihrer Gegensätzlichkeiten unverändert nicht herumkommen. Dies teilt die Religion mit anderen ihrem Anspruch nach universalen Normen wie den Menschenrechten, die zur Herrschaft des Volkes ebenso in einem dialektischen Spannungsverhältnis stehen.

## GEMEINSAME STÄRKE

Am wohl überzeugendsten hat diese konstruktive Spannung der Politologe Alfred Stepan auf einen Nenner gebracht. Sein Konzept der „Twin Tolerations" verlangt einerseits, dass die Ergebnisse demokratischer Wahlen und Abstimmungen sowie die rechtsstaatlichen Regeln der Konfliktaustragung von Glaubensgemeinschaften nicht in Frage gestellt werden. Glaubensüberzeugungen und theologisches Wissen legitimieren keine Zwangsgewalt und entscheiden den politischen Prozess nicht vorab. Die grundsätzliche Offenheit der Demokratie, die keine einzelne Religion bevorzugt, ist daher von allen religiösen Akteuren und Ansprüchen zu tolerieren. Unter diesen Voraussetzungen, die zugleich mit der Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit korrespondieren, ist die Demokratie im Gegenzug aber genauso wenig legitimiert, die Religion(en) in den Privatbereich zu verbannen. Das Selbstverwaltungsrecht der Religionen umfasst vielmehr die Artikulation politischer und sozialethischer Ziele, die in die Zivilgesellschaft eingebracht werden. Glaubensgemeinschaften, die ihre Stimme im Rahmen demokratischer Auseinandersetzungen erheben, sind von einem demokratischen Rechtsstaat mithin nicht nur zu dulden, sondern fließen ihrerseits aus der Logik einer pluralistischen Volksherrschaft.

Die Rolle der Religion in der Demokratie ist folglich weder als Wahlverwandtschaft noch als die eines Fremdkörpers zu bezeichnen. Denn obwohl Religion und Demokratie grundverschieden sind und höchst konträre Dinge wollen beziehungsweise legitimieren, sind sie im Zweifelsfall gemeinsam weitaus stärker als jeder für sich allein.

# Ellen Ammann: Eine Frau steht auf

**Seit ihren Anfängen hat die katholische Kirche die Gesellschaft mitgestaltet – bewusst und unbewusst. Heute erscheint das wichtiger denn je. Denn wer, wenn nicht Kirche, bringt heute noch verschiedene Meinungen zusammen? Für eine gesunde Demokratie ist das unerlässlich. Wichtiger Gestalter der Gesellschaft sind in Deutschland die katholischen Verbände, deren Vielfalt und Engagement weltweit einzigartig sind und weit über den kirchlichen Tellerrand hinausstrahlen.**

**Von Elfriede Schießleder**

Stellvertretende Vorsitzende des Landeskomitees

Ob die Not während des ersten Weltkriegs, die Wirren der Revolution und der Weimarer Republik oder das Erstarken der Nationalsozialisten: Wache Geister hatten schon immer eine Antenne dafür, was zu tun war. Diese wachen Menschen hießen: Adolph Kolping, Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Initiator der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Lorenz Werthmann, Gründer der Caritas oder eben Ellen Ammann.

In der sogenannten „guten Zeit", als Mädels noch sittsam und Burschen noch schneidig waren, kam die junge Schwedin Ellen Ammann frisch verheiratet nach München. Das katholische Bayern von 1870 war für die gebildete Stockholmerin wohl erst mal ein Schock: soziale Spannungen, schlechte Bildung bei Frauen und Mädchen, dazu deren mangelnde Achtung, nicht nur auf dem Land. Neu war auch der hier gelebte Glaube. Die junge Frau war zwar katholisch erzogen, gehörte offiziell aber bis vor kurzem der evangelischen Reichskirche an – sonst wären Abitur und Studium in der schwedischen Heimat nicht möglich gewesen. Die Sprache war ihr fremd, die Bayern wenig gastfreundlich und allein die Ehe mit dem späteren Hofrat Ottmar Ammann bot ihr die Zugangsberechtigung in die gehobene Münchner Gesellschaft.

Das erste, was von ihr – auch in Polizeiakten – belegt ist, war ein wohl sehr tatkräftiger Einsatz für allein reisende Mädchen am Münchner Hauptbahnhof. Am Gleis 12, hieß es, hätten sich Damen der gehobenen Gesellschaft mit stadtbekannten Zuhältern ein Handgemenge geliefert, nach dessen Befriedung durch Polizeikräfte die Damen ins Haus ihrer Gatten zurückgebracht werden mussten. Ellen Ammann und einige Mitstreiterinnen sorgten gerade dafür, dass die bisher geltende Auswahl der vom Land in die Stadt reisenden jungen Mädchen durchbrochen wurde: die schönen in die Betten, die anderen in die Küche. Einschlägige Etablissements hatten da bereits Erfahrung. Nun hatten die Damen zur Berufsberatung einen Tisch und einen Stuhl am Bahnsteig stehen, mittels deren bereits hier eine erste Vermittlung erfolgte – den Mädchen zum Schutz. Der „Mädchenschutzbund" war gegründet, heute noch kennt man diesen Bund: als IN VIA, den Katholischen Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit.

## DIE GEBURTSSTUNDE DES FRAUENBUNDES

Kaum ein paar Jahre später erlebte Ellen Ammann in Köln die Gründung des Katholischen deutschen Frauenbundes (KDFB), dessen erklärtes Ziel, Bildung und Gemeinschaft der Frauen zu fördern, nach Ellen Ammann in Bayern besonders Not tat. Galt hier doch noch das Versammlungsverbot für „Weibspersonen", auch gab es weder Lyceum noch Universität für Mädchen, obwohl München als Hochburg der modernen Frauenbewegung galt. Der Katholische Frauenbund sollte – so wusste Ellen alle Zweifel auszuräumen – die Kraft der katholischen Frauen bündeln und so dieser modernen Strömung Stimme und Talent der Katholikinnen entgegensetzen. Adel und Klerus ließen sich überzeugen und mit deren Unterstützung verbreitete sich die Idee des Katholischen Frauenbundes schnell in Stadt und Land. Zur Stärkung der sozialen Kompetenzen von Frauen gründete Ellen Ammann 1906 die erste Frauenfachschule mit der Begründung: „Soziale Arbeit darf nicht im Dilettantentum stecken bleiben, denn sie ist die verantwortungsvollste Arbeit am Menschen; mehr wie jede andere." 1911 gründete sie den Bayerischen Landesverband im KDFB. Die Drittordensbewegung gab Ellen Ammann und ihren Freundinnen zunächst auch eine spirituelle Heimat. 1919 weihte dann Kardinal Michael von Faulhaber sieben daraus in der Vereinigung der Diakoninnen Christi zu (heute) Diakoninnen im Alltag. Die später von Rom verordnete Bezeichnung als „Ancillae Sanctae Ecclesiae" verdeckte zuletzt die Gründungsintention. Mutig pflegte frau den fortdauernden Austausch der modernen Frauenbewegung, insbesondere Anita Augspurg und Lyda Gustava Heymann.

FOTOS: KDFB

**Ellen Ammann kam 1870 nach Bayern. Schon bald fiel die junge Schwedin durch ihr soziales und politisches Engagement auf.**

## GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Zeitbedingt war Ellen Ammann zum Beginn des ersten Weltkriegs noch voll vaterländischer Euphorie, die hereinbrechende Not bekämpften sie und ihre Mitstreiterinnen im Frauenbund dann aber mit aller Phantasie, die solches Elend linderte: Briefmarken gegen Kohl, Socken stricken und Brocken (Altkleider, Gebrauchtwaren) sammeln – was eben möglich war. Das Ende der Monarchie nach dem verlorenen Krieg bedeutete für alle eine Zeitenwende. War Ellen Ammann bisher vorsichtig mit dem Frauenwahlrecht, so zog sie nun von Versammlung zu Versammlung und schulte die Frauen ihrer vielen Zweigvereine in Stadt und Land selbst – sehr zum Ärger der Zentrumspartei. Ellen Ammanns Bekanntheitsgrad bewirkte ihre Wahl zu einer der ersten weiblichen Abgeordneten im Bayerischen Landtag. Zierliche Gestalt, schwache Stimme, unsichere Rede – all ihr nachgesagten Defizite waren jetzt obsolet geworden.

Die Sache der Frauen, der Familien und der unteren Schichten war mit ihr nun auch Thema im Parlament. Ellen Ammann forderte eine Seelsorge für die Polizei, deren Überforderung oft genug zu Lasten ihrer Klientel ausgelebt wurde: Die Polizeiseelsorge wurde gegründet. Ammann forderte eine Familienberatung angesichts der Traumatisierung vieler aus dem Weltkrieg zurückgekehrter Väter. Die Erzdiözese München und Freising begann, dieser neuen Idee Raum zu geben. Im Parlament wusste man Ellen Ammann auf Familie und Frauenfragen zu begrenzen – doch dort lag genug im Argen.

## KLARE HALTUNG IM DRITTEN REICH

Dank ihrer beharrlichen Arbeit schaffte es Ellen Ammann durch alle Wirren der Weimarer Republik bis zum Tod am 23. November 1932 Mitglied des Bayerischen Landtags zu bleiben, wo die „Abgeordnete Ammann mehr Mut bewiesen hat als so manche Herren in Männerhosen“, wie der stellvertretende Landtagspräsident Franz Matt es geschichtsschwer formuliert hat. War doch durch ihr Eingreifen im November 1923 der Hitlerputsch verhindert worden. Die früher schon von ihr und weiteren Frauenrechtlerinnen geforderte Ausweisung des Österreichers Adolf Hitler war abgelehnt worden, obwohl dessen Anhänger gegen die Friedenspartei massiv vorgegangen waren. Wäre ihre Petition erfolgreich gewesen – wer weiß, welches Leid erspart geblieben wäre?

Ihr Handeln haben die Nazis nicht vergessen: nach der Machtübernahme wurde die frisch gedruckte Biographie dieser großen Frau umgehend verbrannt. Was wäre mit ihr geschehen, wäre sie nicht wenige Monate vorher verstorben?

Ihr Werk jedoch überlebte: heute vereint der KDFB in Bayern mehr als 160.000 Mitglieder in steter Arbeit für mehr Frauenbeteiligung in Politik, Kirche und Gesellschaft. Ellen Ammanns Frauenfachschule ist heute die Stiftungshochschule München, Bahnhofsmission und Polizeiseelsorge, IN VIA und Familienberatung sind längst etabliert. Und auch die Vereinigung der Diakoninnen konnte ihre Umbenennung nicht auslöschen. Das politische Denken, gläubige Handeln, die Mitverantwortung an der Kirche in all diesen Bewegungen sind Erbe dieser großen Frau. Zu ihrem Gedenken hängt seit 2011 eine Votivtafel in der Gnadenkapelle Altöttings. Höchste Zeit, sie selig zu sprechen und mit ihrem Beispiel vielen heutigen Frauen unseren Glauben in seiner ganzen Fülle nahe zu bringen.

# Verstehen, wie der andere tickt

FOTO: PRIVAT

**Rudi Schmidt**

**Von Rudi Schmidt**

Dekanatsreferent und Geschäftsführer der Kath. Erwachsenenbildung, Ingolstadt

Wir leben in einer Demokratie wie der Fisch im Wasser. Wie selbstverständlich darf jeder seine Meinung sagen, sich informieren, sich mit anderen versammeln und an politischen Wahlen teilnehmen. Die meisten haben noch kein anderes politisches System erlebt. Darum ist es wichtig, an die Voraussetzungen zu erinnern, die jeder mitbringen sollte, damit wir auch weiterhin so frei und offen leben können.

Toleranz ist eine wichtige Fähigkeit oder noch genauer die Ambiguitätstoleranz. Damit gemeint ist die Fähigkeit, Mehrdeutigkeit und Vielfalt aushalten zu können. Dazu fällt mir das Bild eines breiten Spagats ein: den auszuhalten ist nicht leicht. In unserer Gesellschaft tun sich viele schwer mit Vielfalt, auch mit der, die durch Menschen entsteht, die aus anderen Ländern und Kulturen zu uns gekommen sind. Manche erleben sie als Bereicherung, andere wieder haben Angst und fürchten, etwas von dem zu verlieren, was ihnen Heimat, Sicherheit und Identität vermittelt. Auch im kirchlichen Bereich kann man den Eindruck gewinnen, dass dort Ambiguitätstoleranz kleingeschrieben wird, wo man auf der reinen Lehre beharren will, und damit Intoleranz zeigt gegenüber allem, was davon abweicht. Die Wahrheit steht scheinbar über der Toleranz. Hinter diesem Beharren in Kirche, Politik und Gesellschaft vermute ich massive Angst, die schnell zu Hass und Abgrenzung gegenüber Andersdenkenden führen kann. Dazu kommen wachsende Ungeduld und fehlendes Wissen – eine Entwicklung, die wir seit Jahren in den sozialen Medien und im politischen Alltag beobachten können. Aus Debatten werden nicht selten Pöbeleien. Dagegen ist die Fähigkeit gefragt, besonders unter Christen, andere Meinungen auszuhalten oder diese überhaupt zu verstehen.

Echte Toleranz kann man von der Streitkultur an der Pariser Universität lernen. Im Mittelalter hieß dort die wichtigste Regel: Keiner darf seinen eigenen Standpunkt verteidigen, bevor er nicht den Standpunkt des Gegners selbst vorgetragen hat. Und dies wenn möglich besser als der Gegner selbst. Eine tolle, aber auch aufwendige Übung. Erst die Streitfrage, dann der Standpunkt des anderen und dann erst die eigene Meinung. Schon damals wusste man: Streit gehört zum Leben. Wohl auch wegen dieser Streitkultur strömten die Studenten damals nach Paris. Die ideale Schule auch für einen der größten Kirchenmänner und Theologen, Thomas von Aquin. Von Toleranz ist heute viel zu hören. Mir kommt es jedoch so vor, wie wenn viele damit nur Gleichgültigkeit meinen. Einander zuhören und andere Standpunkte verstehen sind wichtige Voraussetzungen für eine Kultur der Toleranz und für eine Demokratie.

# „Das sind doch eh alles Wirtschaftsflüchtlinge“

## oder: von der Menschenwürde als konstitutivem Moment unserer Demokratie

**Von Ina Schildbach**

Politische Bildungsreferentin beim „Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde“ bei der Stiftung Bildungszentrum im Kardinal-Döpfner-Haus in Freising

ILLUSTRATION: CARLOSGARDEL / ADOBE STOCK

„Entschuldigen's die Sprache, das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist – weil den wirst Du nie wieder abschieben. Aber für den ist das Asylrecht nicht gemacht, sondern der ist Wirtschaftsflüchtling“, so der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im Regensburger Presseclub am 15. September 2016. Er reiht sich damit ein in die breite Riege derjenigen, die „Wirtschaftsflüchtling“ per se als Vorwurf verwenden und davon ausgehen, mit dieser Bezeichnung alles gesagt zu haben. Was also lässt sich der Titulierung „Wirtschaftsflüchtling“ entnehmen und ihm entgegenhalten?

### HINTERGRUND: ASYLRECHT

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es für den Einzelnen keinen Unterschied macht, ob er sein Leben durch politische Verfolgung, Bürgerkrieg oder aber durch Hunger und Armut bedroht sieht – zumal die Fluchtursachen in der Realität ohnehin zumeist korrelieren. Dennoch gibt es diese Scheidung im Recht: Während die ersten beiden Gründe durch das Grundgesetz oder die Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Titel darstellen, kann man sich nicht auf den Verlust der Lebensgrundlage berufen, um einen gültigen Aufenthaltsstatus zu erhalten.

Was also – rechtlich gesehen – eindeutig geklärt ist, bedeutet natürlich nicht, dass sich daraus keine ethnischen Fragen ergeben: Wie lässt es sich rechtfertigen, Menschen, die zufälligerweise in einem bestimmten Landstrich geboren wurden, ein besseres Leben zu verweigern? Lässt es sich überhaupt rechtfertigen? Oder wird dadurch die allen Menschen inhärente Würde zu einem disponiblen Gut? Ist die Menschenwürde und die ihr implizite Annahme der Gleichwertigkeit einer jeden Person nicht ein konstitutives Moment unserer Demokratie?

### ARGUMENTATION: EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Außerdem ist bemerkenswert, was hier zum Vorwurf wird: Vorgeworfen wird den davon betroffenen Menschen, dass sie sich kalkulierend auf die Welt beziehen – dass sie, womöglich mit Familie, also nicht dort bleiben, wo sie keine Lebensgrundlagen haben. Ist dies nicht seltsam angesichts dessen, dass eigentlich jeder von uns versucht, möglichst gut zu leben? Den sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ wird das Recht auf diese Hoffnung jedenfalls abgesprochen.

Und ein Letztes: Die Tatsache dessen, dass so viele Menschen aus wirtschaftlicher Not heraus fliehen müssen, sollte vielleicht weniger Anlass zu einer Beschimpfung sein, als vielmehr für die Frage, weswegen eigentlich in so vielen Regionen ein gutes Leben kaum (mehr) möglich ist. Damit richtet sich der Blick jedoch zugleich auf die Verursacher dieser Lage und damit auch auf die Verantwortung eines jeden Einzelnen. Wie viel bequemer ist es da, auf einen „fußballspielenden, ministrierenden Senegalesen“ zu schimpfen, als wäre mit der Nationalität schon gesagt, dass er jedenfalls kein Recht auf ein normales Leben im Sportverein und der christlichen Gemeinde in Deutschland hat?

# Die Einheit der Christen fördern, die Vielfalt erhalten

## Gegenwärtige Herausforderungen für die multilaterale Ökumene

**Die christliche Landschaft in Deutschland ist komplex. Betrachtet man die neuesten Zahlen der beiden mitgliederstärksten Kirchen in Deutschland, der evangelischen und der römisch-katholischen, so ist noch ungefähr jeder zweite Mitglied einer dieser beiden Kirchen. Als drittstärkste Konfession gilt mit einem großen Abstand die Orthodoxe Kirche.**

**Von Verena Hammes**

Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland e.V.

Damit ist in Deutschland eine Sondersituation in Europa und weltweit gegeben. In keinem anderen Land gibt es zwei christliche Konfessionen, die sich in den Mitgliederzahlen derart stark ähneln. Viele Kirchen, die weltweit hohe Mitgliederzahlen verzeichnen können, sind hingegen in Deutschland verhältnismäßig klein, das gilt beispielsweise für die methodistische Kirche oder klassische Freikirchen wie den Baptismus. Diese Dominanz zweier christlicher Konfessionen führt zuweilen zu einem Ungleichgewicht. Ökumene wird dann als bilaterale Zusammenarbeit zwischen der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche wahrgenommen, deren leitende Geistliche im Fokus stehen. Andere kleinere christliche Gemeinschaften haben es bisweilen schwerer, sich im Konzert der christlichen Stimmen Gehör zu verschaffen. Dabei wäre es durchaus bereichernd und vielfach auch angebracht, die Erfahrungen aller Kirchen mit einzubeziehen. Weiterhin könnte eine Partizipation vieler Kirchen eine Stärkung des christlichen Zeugnisses in die Gesellschaft hinein bedeuten, dessen Relevanz in der gegenwärtigen Situation kaum überschätzt werden kann.

> **„Ökumene ist bunt, multilateral, vielfältig und mittlerweile an vielen Orten auch interkulturell aufgestellt."**

### 2021 DAS „JAHR DER ÖKUMENE"

Verschiedene Plattformen der multilateralen Zusammenarbeit haben sich mittlerweile auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und weltweiter Ebene etabliert. Dazu gehören neben der Vereinigung evangelischer Freikirchen (VeF) zum Beispiel die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) oder weltweit der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit seinen insgesamt 350 Mitgliedskirchen. In Deutschland hat sich 1948 die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) mit gegenwärtig 25 Mitgliedskirchen auf nationaler Ebene gegründet. Im Lauf der Zeit hat sich diese Form der Zusammenarbeit auf die regionale und die lokale Ebene ausgeweitet, sodass die ACK wohl als die einzige in dieser Form bestehende multilaterale Plattform bezeichnet werden kann.

In der kommenden Zeit wird die multilaterale Ökumene, wie sie sich in ganz besonderer Weise in der ACK kristallisiert, vor interessante Herausforderungen gestellt. Der Blick richtet sich bereits jetzt auf das Jahr 2021, in dem mit dem 3. Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) in Frankfurt am Main im Mai und mit der Vollversammlung des oben schon benannten ÖRK in Karlsruhe im September zwei Großereignisse ihre Schatten vorauswerfen, die das Potenzial haben, die ökumenische Landschaft nachhaltig zu prägen.

Aus diesem Grund hat die ACK in Deutschland das Jahr 2021 als „Jahr der Ökumene" proklamiert, von dem sie sich konkrete und weiterführende Schritte auf dem Weg der Versöhnung und der Einheit der Christen verspricht. Wenden wir uns in einem ersten Schritt dem 3. ÖKT zu, der vom 12. bis 16. Mai 2021 in Frankfurt am Main stattfindet. Nach den beiden Ökumenischen Kirchentagen in Berlin 2003 und in München 2010 findet der 3. ÖKT in veränderten kirchlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen statt. Die evangelische und römisch-katholische Kirche verlieren massiv an Mitgliedern. Gleichzeitig entstehen durch die zunehmende Pluralität und Interkulturalität sogenannte Migrationskirchen in Deutschland, die durch ihr Verständnis von Zusammenhalt, Spiritualität und Gemeindeleben nicht so recht in das Schema der traditionellen Ökumene passen wollen. Der pentekostal-charismatische Zug des Christentums hat auch in Deutschland längst Eingang gefunden und zwingt dazu, neue Wege des Dialogs und des Gesprächs zu suchen.

Die kirchliche Landschaft steht vor Veränderungen. Dieser Situation muss sich ein ÖKT stellen. Dabei ist es notwendig, die christliche Realität Deutschlands stärker als bei den beiden vergangenen Kirchentagen in den Blick zu nehmen. Ökumene ist bunt, multilateral, vielfältig und mittlerweile an vielen Orten auch interkulturell aufgestellt.

Wenn der ÖKT diesen Namen wirklich verdient, zieht er sich nicht auf einen „Evangelischen Katholikentag“ zurück, sondern beteiligt Christen jeglicher Denominationen und Traditionen an seinem Programm. Dass der Kirchentag in Frankfurt stattfindet, ist dabei ein besonderes Zeichen, denn diese Stadt steht wie vielleicht keine andere in Deutschland für Globalisierung, Vielfalt und Interkulturalität.

Unumgänglich ist es dann auch, die entsprechenden Institutionen, die sich der multilateralen Arbeit verschrieben haben, sichtbar zu machen und auf ihre Erfahrungen in diesem Themenfeld zurückzugreifen. Ein solcher ÖKT ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten, hat aber durchaus großes Potenzial, durch Öffentlichkeitswirkung und durch aktuelle Themensetzungen dazu beizutragen, dass den Kirchen wieder eine gesellschaftsverändernde Kraft zugetraut wird.

## VERSÖHNUNG SOLL ÜBERALL SICHTBAR WERDEN

Das nächste Großereignis im Jahr 2021 steht nur wenige Monate nach dem ÖKT etwas südlicher an: Der Ökumenische Rat der Kirchen, die weltweite Organisation mit 350 Mitgliedskirchen, kommt zu seiner Vollversammlung nach Karlsruhe. Es ist erst das dritte Mal, dass die alle acht Jahre stattfindende Vollversammlung in Europa stattfindet (1948 als Gründungsversammlung in Amsterdam, 1968 in Uppsala /Schweden), und es ist voraussichtlich das einzige Mal, dass die im Jahr 2021 lebenden Menschen eine Vollversammlung des ÖRK auf deutschem Boden erleben werden. Erwartet werden Delegierte aus der ganzen Welt, die sich unter dem Motto „Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt“ über eine Woche versammeln werden, um einerseits in Sitzungen Abstimmungen vorzunehmen, andererseits aber auch persönliche Begegnungen zu pflegen und neue ökumenische Bekanntschaften zu machen. Darüber hinaus wird das gastgebende Land die Möglichkeit haben, sich zu präsentieren. Dabei spielt die ökumenische Realität in Deutschland eine herausragende Rolle.

Voraussichtlich noch viel stärker als beim Ökumenischen Kirchentag ist es in Karlsruhe möglich, die Internationalität zu betonen und ein gegenseitiges Lernen über Kontinente und Weltmeere hinweg anzubieten. Gerade in einem Land, von dem eine Kirchentrennung mit fatalen Folgen ausgegangen ist, gibt es eine große Verantwortung. Die deutschen Kirchen haben eine bemerkenswerte Versöhnungsgeschichte und eine an vielen Orten lebendige Ökumene vorzuweisen, die weltweit gesehen keineswegs so selbstverständlich ist. Das ist in vielerlei Hinsicht eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht. Gleichzeitig können die deutschen Kirchen aber auch von ihren internationalen Gästen, deren Zusammenleben, Situationen und Erfahrungen lernen und sollten auch bereit sein, sich auf fremde Kontexte einzulassen.

Diese beiden Großereignisse haben durchaus das Potenzial, über einen „Eventcharakter“ hinaus Prozesse der bereichernden Ökumene anzustoßen. Mit dem „Jahr der Ökumene 2021“ möchte die ACK verdeutlichen, dass die Ökumene in Deutschland bunt und vielfältig ist sowie an vielen Orten gelebt wird.

Diese lebendige Ökumene gilt es, 2021 weiter zu verfolgen, zu intensivieren und neue Formen des Zusammenlebens in einer immer pluraler werdenden Gesellschaft zu finden, um gemeinsam die Botschaft Jesu Christi in die Welt hinauszutragen.

FOTO: JENTEVA / ADOBE STOCK

# „Sind Christen gute Demokraten?“

**Professor Paul Zulehner beleuchtet bei „Wochen zur Demokratie“ das Thema Freiheit sowie die Trends zum Autoritarismus. Im Mittelpunkt seines Vortrags in Untergriesbach (Bistum Passau) stand die dramatische Entwicklung unserer Gesellschaften hin zum Autoritarismus. Zulehner hatte frische Statistikdaten aus Österreich dabei. Eingeladen hatten der Diözesanrat Passau und das Dekanat Hauzenberg.**

**Mit seinen umfangreichen Langzeitstudien belegte Professor Paul Michael Zulehner eine „neue Freiheitsflucht“ angesichts einer komplexen Welt. Vor allem junge Leute tendierten heute wieder dazu, autoritären Führern nachzulaufen.**

FOTO: DIONYS ASENKERSCHBAUMER

**Von Winfried Helm und Dionys Asenkerschbaumer**

Für Zulehner steht fest: Auftrag der christlichen Kirchen muss sein, Anwältinnen der Freiheit und der Demokratie zu sein. Und er strahlte bei seinem Vortrag durchaus Optimismus aus. Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit seien die großen Themen Europas, erklärte er in einem geschichtlichen Abriss.

Im Jahr 2019 sieht Zulehner eine „neue Freiheitsflucht“. Vor allem junge Leute tendierten wieder dazu, autoritären Führern nachzulaufen. Und das sind keine Vermutungen, sondern wissenschaftlich fundierte Fakten, die auf Langzeitstudien basieren. Seit 1970 erforscht der Professor aus Wien den Autoritarismus und kann anhand von gesicherten Zahlen belegen: Die Zahl junger Menschen nimmt zu, die die „lästige Last der Freiheit“ wieder loswerden wollen. Wichtige Ursachen der neuen Freiheitsflucht liegen auf persönlicher Ebene, die Welt wird kompliziert und unübersichtlich. Das macht Angst. Die Gründe liegen aber auch auf gesellschaftlicher Ebene. So ist die Freiheit heute politisch wieder gefährdet. Nationalisten, Rechtspopulisten und autoritäre Regierungschefs propagierten es sehr deutlich: Sie wollen – mit demokratischen Mitteln – die Demokratie überwinden. „Das Problem ist nicht Trump“, so Paul Zulehner, „sondern dass er gewählt wird“. Auch die Leipziger Autoritarismusstudie vom November 2018 zeige: Etwa 40 Prozent der Deutschen wären bereit, ein autoritäres System zu unterstützen. Demgegenüber, so Paul Zulehner, steht der christliche Glaube an Gott: „Die Freiheit macht uns zum Ebenbild des liebenden Gottes“. Und, so der Theologe weiter: „Der tiefere Sinn der Freiheit ist die Liebe!“. Zudem, so stellt er weiter fest, sei die Kirche sehr lange mit der Macht, vor allem der staatlichen Macht verhaftet gewesen. Diese Macht schwinde mehr und mehr und werde zur Ohnmacht. Doch diese Ohnmacht, so Zulehner, sei die Chance für die Zukunft. Es gehe darum, Menschen zu entängstigen und zu heilen. Das sei für die Kirche das Gebot der Stunde.

# Dem Volks auf’s Maul g‘schaut

**Angelehnt an das Sprichwort von Martin Luther referierte der bekannte Journalist, Publizist und Buchautor, Heribert Prantl, in einer Veranstaltung der kirchlichen Erwachsenenverbände, des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Würzburg sowie weiterer Kooperationspartner über „Positive und negative Seiten von Populismus“ vor 250 Teilnehmenden im Kolping-Center Mainfranken.**

Dabei bezeichnete er sich selbst – zur Überraschung so manches Besuchers – als Populisten, der sich für die Ideale der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit einsetze. Guter Populismus sei für ihn, Sachverhalte knapp und einfach zu erklären, und zwar in einer Sprache, die die Herzen erreiche. Wichtig sei es, so Prantl, dass Populismus nicht lediglich mit rechtsextremistisch-populistischen Aussagen gleichstellt werde. In einer Welt, in der die Zukunft ungewiss erscheine, sehnen sich die Menschen nach einer Politik, die die Welt einfacher darstelle, als sie ist.

Die Suche nach alten Idealen sei einer der Gründe für Nationalismus, dies sei bei Politikern wie Putin, Trump oder Erdogan zu beobachten. Bei all dem stelle er sich jedoch die Frage, wo der Geist des Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geblieben sei: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen.“

Jeder müsse anerkennen, dass die Zukunft nicht feststeht, sondern verändert werden kann – und jeder Einzelne könne seinen Beitrag dazu leisten. Man dürfe sich nur nicht einschüchtern lassen. Die Demokratie sei für ihn wie ein gesellschaftliches Betriebssystem, das nur funktioniert, wenn sich die Menschen daran beteiligen. Der Sozialstaat als „Schicksalskorrekteur“ habe dabei die Möglichkeit, Ungerechtigkeiten auszugleichen, damit Extremisten mit ihren populistischen Aussagen keine Chance bekämen. In seinem Abschlussstatement nannte er die Pfingstgeschichte als Mutmacher und verglich sie mit Greta Thunberg und der Bewegung „Fridays for Future“. (lie)

# Flüchtlinge brauchen klare Perspektiven

**Von Alexandra Hofstätter**
Redaktionsleiterin

**Im Rahmen eines „Gesellschaftspolitischen Forums" hat sich das Landeskomitee der Katholiken in Bayern mit Innenminister Joachim Herrmann ausgetauscht. Es ging vor allem um die Integration von Flüchtlingen und den Umgang mit Rechtspopulismus. Joachim Unterländer, Vorsitzender des Landeskomitees, hat dem Innenminister eine „Note" unter dem Titel „Flüchtlinge brauchen klare Perspektiven" überreicht, ein Positionspapier mit 15 Punkten und Themen, die den Mitgliedern des Landeskomitees wichtig sind:**

**1.** Niemand verlässt sein Heimatland leichtfertig. Existenzielle Notlagen, politische Verfolgung oder kriegerische Auseinandersetzungen treiben Menschen in die Flucht.

**2.** Es müssen von Bayern, Deutschland und Europa aus noch viel mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Lebens- und Wirtschaftsbedingungen zu schaffen, welche die Menschen zum Bleiben in ihrem Heimatland bewegen, ist die denkbar beste Unterstützung für die betroffenen Länder und jeden einzelnen Menschen. Unsere entwicklungspolitischen Programme dürfen nicht nur die Interessen der eigenen Wirtschaft im Blick haben.

**4.** Die Mittelmeerländer der Europäischen Union (EU), deren Häfen bislang vorrangig von Flüchtlings- und Rettungsschiffen angelaufen werden, um dort Flüchtlinge abzusetzen, müssen entlastet werden.

**5.** Die EU muss sich umgehend auf ein Seenot-Abkommen, eine „Seebrücke" verständigen, mit der Flüchtlinge zügig und gleichmäßig auf alle EU-Länder aufgeteilt werden. Die skandalöse Blockade zu Lasten der betroffenen Menschen darf nicht länger hingenommen werden. Die zahlreichen Städte und Gemeinden, die gerettete Flüchtlinge unmittelbar aufnehmen wollen, sollen dabei auch vom Bund und Freistaat Bayern unterstützt werden.

**7.** Auch die Wohlfahrtsverbände, die Helferkreise und die Wirtschaft haben ein großes Interesse daran, dass die Entscheidung über ein Bleiberecht nicht zu lange auf sich warten lässt. Allerdings sollten schon während der Verfahrensdauer Integrationskurse sowie Schul- und Berufsausbildung bis hin zur Integration in das gesellschaftliche Leben möglich sein. Aber auch bei einer Rückführung können durch Bildungsmaßnahmen wertvolle Grundlagen zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Heimatland gelegt werden.

**8.** Der Vollzug der so genannten „3-plus-2-Regelung" bei Asylsuchenden in Ausbildung muss noch stärker die jeweilige individuelle Ausbildungssituation berücksichtigen und verlässlich durch die Behörden gehandhabt werden.

**13.** Alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland rufen wir dazu auf, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Strömungen zu widerstehen. Komplexe Fragestellungen können nicht mit einfachen Antworten gelöst werden. Für die Würde und das Lebensrecht des Menschen werden in unserem Grundgesetz bewusst keine Einschränkungen nach Herkunft, Geschlecht, Farbe oder Religion vorgenommen. Diese Tatsache gilt es in politischen und öffentlichen Debatten nachdrücklich zu betonen.

**14.** Jugendämter und Jugendverbände sowie weitere Träger auch der Kinder- und Jugendhilfe werden dabei unterstützt, für Jugendliche niederschwellige Projekte der politischen Bildung anzubieten.

**15.** Als Landeskomitee der Katholiken in Bayern plädieren wir für ein modernes Einwanderungsrecht, in dem Deutschland eine Zuwanderungsquote festlegt. Ein solches Gesetz könnte das Asylrecht wegen politischer Verfolgung, das eine spezifische Errungenschaft des Grundgesetzes darstellt und das weiterhin Bestand haben muss, deutlich entlasten.

Die vollständige Erklärung lesen Sie auf **www.landeskomitee.de**.

FOTO: KSH MÜNCHEN

# **Begeistert** sein

## Kirchliches Engagement hat viele Gesichter

**Annette Vogt (60 Jahre) engagiert sich, seit sie 2002 nach München kam, ehrenamtlich unter anderem bei IN VIA Bayern e.V. (Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit), beim Landeskomitee der Katholiken in Bayern und in der Katholische Akademie Bayern. Sie ist Professorin für Psychologie in der Sozialen Arbeit an der Katholischen Stiftungshochschule München.**
**Besonders wichtig sind ihr das Engagement von Frauen und für Frauen im kirchlichen Kontext sowie die konkrete politische, gesellschaftliche wie individuelle Verantwortungsübernahme für die Ursachen und Folgen des Klimawandels.**

***Warum engagierten Sie sich ehrenamtlich?***
Mir ist es wichtig, einen kleinen Beitrag im Miteinander zu gestalten: fachliches Wissen in caritativen Bezügen einzubringen, mitzudenken und gemeinsam Lösungen zu entwickeln und im Diskurs von Menschen mit ganz unterschiedlichen Positionen konsensfähige Wege zu finden.

***Wie sind Sie zum freiwilligen Engagement gekommen?***
Das Engagement für gesellschaftspolitische Themen ist sicher in meiner Familie, vor allem durch meinen Vater, angestoßen und grundgelegt worden. Es hat sich während meines Psychologiestudiums auf psychosoziale Themen erweitert und fokussiert (vor allem in der Mädchen- und Frauenarbeit) und ist seit dem Wechsel an die Katholische Stiftungshochschule München 2002 vor allem in kirchlich-katholischen und sozialcaritativen Kontexten verankert. Neu in München und in Bayern ergaben sich konkrete Engagementbereiche über Anfragen von Kolleginnen, über Funktionen in der Hochschule und über das allmähliche Kennenlernen der Wirkungsfelder, besonders im Bereich der katholischen Laienarbeit in Bayern.

***Was beschäftigt Sie im Moment?***
Wie wohl viele Menschen beschäftigen mich zurzeit (und schon seit längerem) die großen globalen Herausforderungen im Blick auf die Lebensbedingungen und Zukunftsmöglichkeiten der Erde, insbesondere der Klimaschutz – und was das an ganz individuellen Veränderungen und Entscheidungen fordert. Das beeindruckende Engagement gerade der jungen Generation in den „Fridays for Future“ lässt mich hoffen, dass wir alle – gerade auch im Rahmen und Wirken der Kirche – hier beherzt mitdiskutieren und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

***Was wollen Sie bewegen?***
Bewegen ist schon ein hoher Anspruch – vielleicht eher: mitgestalten, ermutigen, unterstützen, aber auch querdenken und Diskurse anstoßen bei den zentralen Herausforderungen, vor denen die katholische Kirche insgesamt steht. Das geht oft nur in kleinen, sehr konkreten Schritten, auch weil Veränderungen im kirchlichen Kontext einen sehr langen Atem brauchen – sich davon nicht entmutigen zu lassen und mit anderen Engagierten gemeinsam am Ball zu bleiben, das ist mir wichtig.

***Kirchliches Engagement hat Zukunft, weil…***
… ich viele junge Menschen in der Hochschule erlebe, die sich hoch engagiert und kritisch-konstruktiv in Kirche und Gesellschaft einbringen und die die Entwicklung unserer Kirche mitgestalten wollen und werden. Die aktuelle Situation in Kirche und Gesellschaft fordert es, sich zu positionieren, sich einzubringen auch und gerade in zentralen und schwierigen Themen. Laien werden Kirche zunehmend stark prägen können und müssen – hier lohnt sich jedes Engagement!

## Impressum

Alle Mitarbeiter dieses Heftes erreichen Sie über die Redaktion. Gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinungen der Redaktion wieder. Für alle Überschriften ist die Redaktion, nicht der Verfasser verantwortlich. Abdruck ist nach Rücksprache mit dem Landeskomitee möglich. Bei allen männlichen Angaben von Personengruppen sind selbstverständlich auch die Frauen mitgemeint.

**Herausgeber und Verleger:**
Landeskomitee der Katholiken in Bayern.
**Kuratorium:**
Markus Biber, Passau
Christian Gärtner, Eichstätt
Dr. Günter Heß, Bamberg
Karin Schlecht, Regensburg
Hildegard Schütz, Augsburg
Prof. Dr. Hans Tremmel, München
Joachim Unterländer, München
Dr. Michael Wolf, Würzburg.

**Verantwortlich für Herausgabe und Vertrieb:**
Dr. Karl Eder, Geschäftsführer, München.

**Redaktion:** Alexandra Hofstätter, verantwortlich für den Inhalt.

**Redaktionsbeirat:**
Beate Dieterle, Augsburg
Manfred Fürnrohr, Regensburg
Herbert Jagdhuber, München
Bernhard Kellner, München
Dr. Klaus-Stefan Krieger, Bamberg
Florian Liebler, Würzburg
Johannes Löhlein, Bamberg
Peter Oberleitner, Passau
Josef Peis, München
Martin Riedlaicher, Passau
Rudolf Schmidt, Eichstätt
Richard Ulrich, Eichstätt.

**Anschrift des Verlages und der Redaktion:**
Gemeinde *creativ*
Schäfflerstraße 9
80333 München
Telefon: 089 21 37-28 01
Fax: 089 21 37-28 02
E-Mail: gemeinde-creativ@landeskomitee.de

**Abo-Verwaltung und Service:**
E-Mail: waltraud.keller@landeskomitee.de

**Druck:** Gebr. Geiselberger GmbH, Martin-Moser-Str. 23, 84503 Altötting

**Satz und Layout:**
Miriam Hase, München

**Erscheinungsweise:**
Jährlich 6 Hefte.
Jahresabonnement 17,50 €, (einschließlich Porto und Versand) Einzelpreis 3,50 €.
Online-Abo für 15 €, bestellbar unter www.gemeinde-creativ.de.

**Bankverbindung:**
Liga Bank München
BIC: GENODEF1M05,
IBAN: DE63750903000002141817
Landeskomitee der Katholiken in Bayern;
Vermerk: GEMEINDE CREATIV.
Kündigungen des Abonnements sind nur zum Jahresende, spätestens bis zum 1. Dezember möglich.

**Gemeinde *creativ* wird auf 100 Prozent klimafreundlichem Papier gedruckt.**


# In Feierlaune

**Von Karl Eder**

Geschäftsführer des Landeskomitees

Spätestens jetzt vor der Jahreswende werden wieder die Kalender gezückt und aktualisiert. Ob elektronisch oder in gedruckter Form wird darin überprüft, wie denn im kommenden Jahr die Urlaubszeiten so gelegt werden können, dass möglichst wenige Tage aus dem Jahresurlaub für einen möglichst langen Ferienzeitraum herhalten. Dabei fließen vor allem die Feiertage effizient in die Planungen ein: Brückentage lautet das Stichwort.

Dabei blicken viele neidvoll auf Bayern, weil der Freistaat im Bundesvergleich mit den meisten Feiertagen aufwarten kann: 13 sind es hier, während sich etwa Berlin und viele nördliche Bundesländer bislang mit zehn begnügen müssen. Getoppt wird die 13 nur noch von der Stadt Augsburg, die zusätzlich auch noch den 8. August als Friedensfest und somit auch als Feiertag in ihrem Kalender stehen hat. Aber auch Augsburg liegt ja bekanntlich in Bayern.

Nun wollte Berlin nicht länger zu den Verlierern gehören und machte kurzerhand den 8. März zu einem neuen Feiertag in der Bundeshauptstadt. Der internationale Frauentag avancierte damit im abgelaufenen Jahr erstmals in einem Bundesland zum gesetzlichen Feiertag. So weit, so gut.

Wenn man von der Erkenntnis ausgeht, dass die Bundesländer mit der höchsten Zahl an Feiertagen – neben Bayern wäre dies zum Beispiel auch noch Baden-Württemberg mit zwölf Feiertagen – das bundesweite Ranking der wirtschaftlich Erfolgreichen anführen, dann hätte Berlin ein Zeichen gesetzt: Der Frauentag soll als zusätzlicher Feiertag dazu beitragen, endlich das Image der ewig zuschussbedürftigen Hauptstadt abzustreifen. Die Frauen sollen es richten.

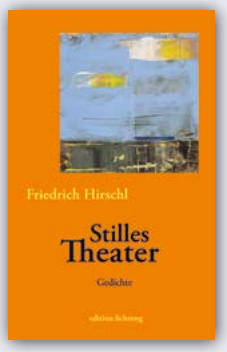
In Thüringen, das bislang mit elf Feiertagen glänzen konnte, bediente man sich des Weltkindertages am 20. September, der nun seit 2019 zum gesetzlichen Feiertag erklärt wurde. Hier sollen es also die Kinder richten.

Bayern darf diesen Aufholbemühungen nicht länger tatenlos zusehen. Wie wäre es damit: alle regionalen Feiertage (Fronleichnam, das Friedensfest in Augsburg und Mariä Himmelfahrt) könnten doch flächendeckend in ganz Bayern gelten. Darüber hinaus könnte man die Chance nützen, den Reformationstag am 31. Oktober sowie den Buß- und Bettag im November und natürlich auch den internationalen Frauentag am 8. März sowie den Weltkindertag am 20. September zu bayernweiten Feiertagen zu erklären. Weitere Vorschlänge gerne per Volksbefragung. Damit wird Bayern auch künftig in Feierlaune bleiben können!

**Morgens**

Morgens geht der
dunkle Vorhang auf
Bühne frei
für den Tag

In unseren Gliedern steckt
noch schwer der Schlaf
Doch unbarmherzig
die Zeiger
die Zeit




**✻ Friedrich Hirschl (2017), *Stilles Theater.* Edition Lichtung.**
**Friedrich Hirschl wurde 1956 in Passau geboren, studierte dort Philosophie und Theologie.**

Gemeinde creativ

**Magazin für engagierte Katholiken – alle zwei Monate**

- Informationen für die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte, Kirchenverwaltungen und katholischen Verbände
- Anregungen und Hilfen für die praktische Arbeit in der Pfarrgemeinde
- Hintergrundinformationen, Kommentare und Interviews zu gesellschaftlichen und kirchlichen Entwicklungen
- Geistliche Begleitung quer durch das Kirchenjahr

**Herausgegeben vom *Landeskomitee der Katholiken in Bayern***

**www.gemeinde-creativ.de**

GRAPHIK: TH. PLASSMANN